

# Volkswacht

für Schlesien

**Bezugpreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Zweig-Expeditionen: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Altes Rathaus Nr. 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Preis pro Quartal 1.80 Goldmark, monatlich 0.60 Goldmark, wöchentlich 1.00 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**  
Vorleser und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3144.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Die 11. Meter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., Anzeigen unter 100 W. 20 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verformungs- und Wohnungsanzeigen 2 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Abbau der Sozialfürsorge!

Die bürgerlichen Parteien gegen die Erwerbslosen, für Ueberweisung der Sozial- und Kleinrentner an die Armenpflege.

Zu Ermächtigungsauswahl wurde am Dienstag durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6, durch die Zweig-Expeditionen: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Altes Rathaus Nr. 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Preis pro Quartal 1.80 Goldmark, monatlich 0.60 Goldmark, wöchentlich 1.00 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Wie aus diesen Angaben hervorgeht, steht auch jetzt, zwei Tage vor dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, noch nicht fest, ob die dritte Steuerreformverordnung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung oder durch das Ermächtigungsgesetz erledigt wird. Formell hat die Regierung an der Auffassung festgehalten, daß sie die in der dritten Steuerreformverordnung geregelten Fragen auf Grund der ihr im Ermächtigungsgesetz erteilten Befugnisse ohne den Reichstag regeln könnte. Der Finanzminister-Ausschuß des Reichstages aber, und ebenso der Reichswirtschaftsrat hatte sich für die Erledigung durch die ordentliche Gesetzgebung ausgesprochen. Neben den politischen Ermächtigungen spielten dabei auch juristische Gründe eine erhebliche Rolle. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Gerichte wird die Auffassung vertreten, daß die Bestimmungen über die Aufwertung verfallungsändernd seien und daher durch das Ermächtigungsgesetz nicht erlassen werden könnten. Da diese Frage zweifelhaft ist, ist die Regierung an und für sich bereit, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten, wünscht jedoch Sicherheit, daß dafür die erforderliche Zweidrittelmehrheit rechtzeitig gesichert sei.

Der Erreichung dieses Zieles der Regierung stellen sich aber immer größere Schwierigkeiten entgegen. Das oberste Ziel der dritten Steuerreformverordnung, die unbedingte Sicherheit der Staatlichkeit unserer Währung hatte die Regierung ursprünglich voran, ein Aufwertungsverbot für Geldforderungen vorzuschlagen und die dadurch entstehenden Gewinne für Steuerzwecke in Anspruch zu nehmen. Sie ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Erhaltung der Stabilität der Währung und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Körperschaften nicht nur für die Gesamtwirtschaft, sondern auch für den Einzelnen zweckmäßiger und vorteilhafter sei, als wenn durch eine stets nur geringfügige Aufwertung einzelnen Inflationsgeschädigten ein kleiner Vorteil der Gesamtheit des deutschen Volkes aber die Gefahr neuer Inflation auferlegt würde.

Die Regierung hat sich jedoch von ihrer ursprünglichen Absicht immer weiter abdrängen lassen. Es besteht gegenwärtig die große Gefahr, daß unter ihrer Mitwirkung oder Duldung aus parteipolitischen und wahlpolitischen Gründen eine Lösung gesucht wird, die sachlich bedenklich ist. Denn man muß sich immer vergegenwärtigen, daß jede Aufwertung im großen und ganzen nur den leistungsfähigen Gläubigern Vorteile bringt, daß die Masse der Inflationsgeschädigten aber nur Verluste auf die Zukunft oder Bettelpfennige erhalten könnte. Aber selbst eine solche Regelung ist von großen Gefahren für die Reichsfinanzen und die Erhaltung der Stabilität der Währung. Die Besteuerung der Inflationsgewinne wird bei der Aufwertung außerordentlich schwierig, wenn nicht völlig unmöglich. Für die Inflationsgewinne der Landwirtschaft ist sie nicht einmal ernsthaft beschickbar. Die so dringend notwendigen neuen Einnahmen für das Reich, ohne die auf die Dauer der Notlage auf die Rentenpresse nicht wird vermieden werden können, werden dann ausbleiben. Außerdem wird das Einkommen aus der bereits beschlossenen Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer gefährdet. Das alles führt auch die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der Wirtschaft. Und trotzdem begünstigen sie eine solche Lösung, weil sie angesichts der bevorstehenden Wahlen und der Stimmung der Interessentenkreise sich nicht dazu aufschwingen können, nach sachlichen Erwägungen zu entscheiden.

Wie aus diesen Angaben hervorgeht, steht auch jetzt, zwei Tage vor dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, noch nicht fest, ob die dritte Steuerreformverordnung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung oder durch das Ermächtigungsgesetz erledigt wird. Formell hat die Regierung an der Auffassung festgehalten, daß sie die in der dritten Steuerreformverordnung geregelten Fragen auf Grund der ihr im Ermächtigungsgesetz erteilten Befugnisse ohne den Reichstag regeln könnte. Der Finanzminister-Ausschuß des Reichstages aber, und ebenso der Reichswirtschaftsrat hatte sich für die Erledigung durch die ordentliche Gesetzgebung ausgesprochen. Neben den politischen Ermächtigungen spielten dabei auch juristische Gründe eine erhebliche Rolle. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Gerichte wird die Auffassung vertreten, daß die Bestimmungen über die Aufwertung verfallungsändernd seien und daher durch das Ermächtigungsgesetz nicht erlassen werden könnten. Da diese Frage zweifelhaft ist, ist die Regierung an und für sich bereit, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten, wünscht jedoch Sicherheit, daß dafür die erforderliche Zweidrittelmehrheit rechtzeitig gesichert sei.

Der Erreichung dieses Zieles der Regierung stellen sich aber immer größere Schwierigkeiten entgegen. Das oberste Ziel der dritten Steuerreformverordnung, die unbedingte Sicherheit der Staatlichkeit unserer Währung hatte die Regierung ursprünglich voran, ein Aufwertungsverbot für Geldforderungen vorzuschlagen und die dadurch entstehenden Gewinne für Steuerzwecke in Anspruch zu nehmen. Sie ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Erhaltung der Stabilität der Währung und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Körperschaften nicht nur für die Gesamtwirtschaft, sondern auch für den Einzelnen zweckmäßiger und vorteilhafter sei, als wenn durch eine stets nur geringfügige Aufwertung einzelnen Inflationsgeschädigten ein kleiner Vorteil der Gesamtheit des deutschen Volkes aber die Gefahr neuer Inflation auferlegt würde.

Die Regierung hat sich jedoch von ihrer ursprünglichen Absicht immer weiter abdrängen lassen. Es besteht gegenwärtig die große Gefahr, daß unter ihrer Mitwirkung oder Duldung aus parteipolitischen und wahlpolitischen Gründen eine Lösung gesucht wird, die sachlich bedenklich ist. Denn man muß sich immer vergegenwärtigen, daß jede Aufwertung im großen und ganzen nur den leistungsfähigen Gläubigern Vorteile bringt, daß die Masse der Inflationsgeschädigten aber nur Verluste auf die Zukunft oder Bettelpfennige erhalten könnte. Aber selbst eine solche Regelung ist von großen Gefahren für die Reichsfinanzen und die Erhaltung der Stabilität der Währung. Die Besteuerung der Inflationsgewinne wird bei der Aufwertung außerordentlich schwierig, wenn nicht völlig unmöglich. Für die Inflationsgewinne der Landwirtschaft ist sie nicht einmal ernsthaft beschickbar. Die so dringend notwendigen neuen Einnahmen für das Reich, ohne die auf die Dauer der Notlage auf die Rentenpresse nicht wird vermieden werden können, werden dann ausbleiben. Außerdem wird das Einkommen aus der bereits beschlossenen Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer gefährdet. Das alles führt auch die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der Wirtschaft. Und trotzdem begünstigen sie eine solche Lösung, weil sie angesichts der bevorstehenden Wahlen und der Stimmung der Interessentenkreise sich nicht dazu aufschwingen können, nach sachlichen Erwägungen zu entscheiden.

### Die Sachverständigen und die Goldnotenbank.

Das Communiqué des ersten Sachverständigen-Ausschusses hat, so schreibt der „Soz. Parl.-Dienst“, insofern übertrakt, als es sich über den Sitz der Goldnotenbank für Deutschland, die Aufbringung des Eigenkapitals und die Art der Verwaltung und Geschäftsführung ausschweigt. Das Fehlen dieser wesentlichen Details ist um so bedauerlicher, da von ihrer Regelung die Zukunft unserer Disziplinpolitik abhängt, deren Selbständigkeit ganz entschieden im Projekt bedroht wird, wie sie der französische Parlamentier im Ausschuß vorgetragen hat. Man kann das Communiqué wohl so auslegen, daß sich der Ausschuß über diese Frage aus nachfolgenden Gründen nicht entscheiden konnte und wollte. Eine weitere Erörterung ist damit den Verhandlungen in Paris nachschickten, die am 13. d. M. beginnen und an denen der Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnehmen wird.

**Das schlesische Zentrum für Agrarschutzzölle**  
In der heutigen „Schlesischen Volkszeitung“ veröffentlicht der bekannte schlesische Zentrumspolitiker Dr. Wolfenstein Artikel, der vornehmlich für Agrarschutzzölle eintritt. Die anderen Blätter nicht angewandten Mittel zur Förderung des Kleinbauernstandes stehen unter dem Eindruck des demagogischen Propaganda des Zentrum ganz auffallend im Stillen und so können an dem in den Wahlen, mit denen die Agrarschutzzölle in der Wählerfrage stehen. Die bisherigen Arbeitsergebnisse des Zentrums werden auf diese Weise zu werten haben, der wir noch eine eingehende Besprechung vorsetzen.

## Macdonalds außenpolitische Programmrede

Für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund und für internationale Abrüstung.

London, den 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Das Haus war überfüllt. Unter den anwesenden Gästen bemerkte man zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps. In seiner Programmrede beschäftigte sich Macdonald zunächst mit den auswärtigen Angelegenheiten und wies einleitend darauf hin, daß er das doppelte Amt des Ministerpräsidenten und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten übernommen hätte, um dadurch seiner Außenpolitik ein möglichst großes Gewicht zu verleihen. Er habe beschlossen, Sowjetrußland ohne Verzögerung anzuerkennen und habe für diese Politik die volle Zustimmung seiner Kollegen im Kabinett gefunden. Er wolle alle zwischen Rußland und England noch ausstehenden Fragen zu regeln. Die Voraussetzung für eine solche Regelung sei aber die Anerkennung gewesen. Er beabsichtige, nach Moskau eine vollständige Aufstellung aller noch ungelösten Sachverhalte zu senden, soweit sie dem Auswärtigen Amt bekannt seien, zu senden. Er beabsichtige ferner, die sofortige Prüfung — soweit diese noch nicht erfolgt wäre — aller Einwendungen der Sowjetregierung bezüglich ihrer Schulden usw. vorzunehmen. Die Sowjetregierung hätte der Ernennung von russischen Mitgliedern einer englisch-russischen Kommission bereits zugestimmt, an die alle Einzelheiten bezüglich der Schulden und ähnlicher noch schwebender Fragen verwiesen werden würden.

Macdonald ging sodann zu der Frage der Beziehungen zu Frankreich und zu den noch schwebenden Problemen zwischen diesen beiden Ländern über. Er erklärte, daß er heute noch keine so vollständige Erklärung über diese Dinge, wie es erhofft wurde, abgeben könnte, fügte aber hinzu: Ich bin sehr glücklich, sagen zu können, daß, wenn nichts Unerwartetes dazwischen kommt, bereits in den aller nächsten Tagen eine vollständige Verständigung bezüglich des Pfals erzielt werden dürfte.

Ich ergreife diese erste Gelegenheit, um die Mitwirkung Poincarés anzuerkennen, die er als Antwort auf die Schritte bewiesen hat, die ich in dieser Angelegenheit gemacht hatte. Meine erste Aufgabe war, eine gesündere Atmosphäre zwischen Frankreich und Großbritannien zu schaffen. Unsere Diplomatie muß objektiv, absolut ehrlich und vollständig aufrichtig, sehr bedächtig sein und nur ähnliche Eigenschaften aus der Gegenseite suchen. Frankreich hat nichts zu fürchten von der Politik, die wir befolgen möchten. England vermag nicht mit allem einverstanden sein, was Frankreich getan hat. Es hat seinerseits auch nicht erwartet, daß Frankreich allen englischen Wünschen nachkommen werde, aber nichts dürfte zwischen den beiden Ländern sich ereignen, was man nicht mit gutem Willen und ehrlichem Handeln beizulegen vermöchte. Ich glaube, daß, wenn die Politik der Verständigung in dem gleichen Geiste fortgesetzt wird, in dem sie eingeleitet wurde, Frankreich und England noch vor Ende dieses Jahres in absoluter Treuebereitschaft zusammenwirken, indem sie Europa mit neuen Augen betrachten werden, um die Grundlagen für die Regelung aller europäischen Fragen zu schaffen.

Macdonald fügte hinzu, er könne jedoch nichts tun, bevor er nicht die Berichte jeder der zwei Sachverständigen erhalten haben würde, über die Reparationsfrage erhalten haben würde, die das erste zu überwindende Hindernis bleibe. Sobald diese Ausschüsse ihre Entscheidungen mitgeteilt haben würden, so glaube er, daß die Zeit gekommen sein werde, für eine vollständige nochmalige Prüfung aller Probleme und Pflichten. Das Endziel des englischen Auswärtigen Amtes müsse die Erreichung einer Verständigung in der Reparationsfrage sein. Dies würde der große Pflichten einer erfolgreichen Politik sein. Er würde keine große Energie dazu anwenden, die Autorität des Völkerbundes zu steigern. Er hoffe, daß der Völkerbund mehr und mehr als ein internationaler Gerichtshof für Fragen benutzt werden würde, die die Nationen selbst glauben, nicht direkt lösen zu können. Deutschland müsse in den Völkerbund hineinkommen und er hoffe, daß Rußland ebenfalls beitreten werde. Die Regierung habe zunächst an den europäischen Problemen gearbeitet, aber er sei sicher, daß, wenn Amerika wissen werde, dieses Problem sei von neuen Gesichtspunkten aus mit Begeisterung und Idealismus ausgearbeitet worden, dann würde es den besten Willen zeigen, seinen Anteil an diesem Werk zu nehmen.

Im Oberhause gab Lord Haldane die Erklärung der Regierung in gleichem Sinne ab.

## Internationale Konferenz über die Achtstundentag-Frage.

Eine Anregung der englischen Arbeiterregierung.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts über die Festlegung der Regierungserklärung stattgefunden haben, soll, wie wir von autoritätvoller Seite erfahren, ein Projekt der Arbeiterminister Tom Shaw, die Arbeitsminister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuladen, eine Rolle gespielt haben. Es soll sich vor allem darum handeln, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu beschleunigen und den achtstündigen Arbeitstag in allen Nationen festzusetzen. Auch Deutschland, das das Washingtoner Abkommen bisher noch nicht ratifiziert hat und von daher dem Achtstundentag nicht große Beachtung bräuh, wird zu dieser Konferenz eingeladen werden.

## Die Mittelparteien immer noch schwankend in der Aufwertungsfrage.

Zwei Tage vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes!  
Der Unterausschuß des Finanzminister-Ausschusses legte am Dienstag vormittag die Besprechung über die dritte Steuerreformverordnung vor. Die Verhandlungen wurden gegen Mittag abgebrochen, da sich eine Sitzung nicht erzielen ließ. Am Mittwoch nachmittag trat der Unterausschuß nochmals zusammen, um die bisher gefundenen Formulierungsentwürfe zu prüfen, und um dann dem Finanzminister-Ausschuß Bericht zu erstatten.



# Wie ein „Wahlkampf“ im Faschistenlande aussieht.

Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Rom geschrieben: Was sich in den kommenden zwei Monaten in Italien abspielen wird, fällt nur formell unter den Begriff des Wahlkampfes; eine Kammer ist auszurufen, eine neue soll gebildet werden — da es sich um ein Land mit parlamentarischem Regime handelt, stellt sich das Wort „Wahlkampf“ ganz von selbst ein. In Wirklichkeit wird aber die neue italienische Kammer nicht durch Wahl gebildet, sondern durch ministerielle Ernennung. Im Ministerium des Innern könnte man bei einigem guten Willen schon heute die Liste der Abgeordneten vorlegen, die am Palmsonntag „gewählt“ sein werden. Man verweigert sich das italienische Volkstum einerseits, die Stellung der Exekutivgewalt andererseits, und die Richtigkeit dieser Behauptung leuchtet ohne weiteres ein.

Nach dem neuen Gesetz gilt in Italien das Prinzip der Mehrheitsvertretung. Diejenige Liste, die im ganzen Lande von allen Wählern die meisten Stimmen erzielt — wobei sie nicht weniger als 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten haben muß — erhält zwei Drittel aller Mandate. In das übrige Drittel teilen sich die „Minoritätsparteien“, die natürlich insgesamt das Weisage der Stimmen der Mehrheitsliste haben können. Die herrschende Partei hat nun nicht nur, wie dies die Regierungen aller Zeiten Gialittis hatten, die Regierungsorgane zu ihrer Verfügung, die Präfecten, die Polizei, die Carabinieri, sondern sie verfügt auch über eine dreihunderttausend Mann starke Parteiarmee, die bewaffnet ist und die jede Gewalttat als Amtshandlung vollziehen kann. Mit all dem ausgestattet, hat also die Regierung von vornherein die Mehrheit in Händen.

Auch ein Teil der Minderheitsvertreter wird diesmal vom Ministerium des Innern ernannt werden, und zwar durch das System der sogenannten „Seitenlisten“. Die Regierung sagt nämlich, in der unendlichen Grobheit, die sie in allem und jedem an den Tag legt: wir beanspruchen durchaus nicht alle Sitze der Mehrheit für unsere Partei; wir nehmen Männer aller Parteien, sie müssen nur so lauter sein, so kompetent, so gewaltig und erhaben, wie das eben die Faschisten sind. Für diese Ausgewählten, die man von Amts wegen in diese Siegerliste einträgt, will man aber Ersatz haben, und der Ausgleich wird auf jüdische Weise bewerkstelligt. Die Regierung erklärt, auch andere Listen gelten zu lassen, die sich um die Minderheitsliste bewerben, soweit sie nur nicht aus antinationalen Elementen bestehen. Um aber sicher zu sein, daß diese „Seitenlisten“ der Duldung und gar der Unterstützung würdig sind, sollen sie mit den Namen von Mitgliedern der faschistischen Partei gespickt werden. Das heißt, man bringt auf diese Weise auch in die Minderheitslisten Faschisten, man fördert, dem Geiste des Gesetzes entgegen, Mehrheit und Minderheit derselben Partei.

Hiermit ist aber noch nicht erschöpft, was an politischer Unrechlichkeit in dieser Wahlmode steckt. Wegen ihrer rückwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die heillos mehr rassistisch und geographisch als ethnisch begründet ist, kennen der italienische Süden, ebenso Sizilien und Sardinien, keine eigenartige Parteibildung. Ihr ganzes politisches Leben, das einen mehrfachen als nationalen Charakter hatte, baute sich auf dem persönlichen Anhang einzelner Männer auf, nicht auf Organisationsformen und Parteiprogrammen. Diese einzelnen Männer pflegten ihren Wahlkreisen allerhand Vorteile zu sichern, sei es bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten, sei es durch Begünstigung ihrer Wähler bei öffentlichen Bewerben und dergleichen. In ein derartiges Milieu brach nun im Faschismus eine neue Form der politischen Machtentfaltung ein, nämlich die der Gewalttat, die des Anstößes. Und sie schlug unter der Bevölkerung des Südens und der Inseln nicht ein. Diese Leute verstehen nämlich gleichfalls, die Gewalt zu handhaben, und sind nicht gewöhnt, sich von ihr einschüchtern zu lassen. Die ewig Anpöhlungsreden gingen natürlich auch hier zum liegenden Faschismus über, wie sie zum liegenden Sozialismus oder Klerikalismus übergegangen wären, die Mehrheit der Bevölkerung blieb aber dem Faschismus in treuer Seele treu und läßt sich von ihm nicht niederknicken. Selbst den primitiven südlichen Provinzen waren die Methoden des Faschismus zu sagen, wir, primitiv. Nun kann aber die Regierung des Südens nicht entraten. Sie kann wohl einzelne, aber nie die Masse durch Befehdung gewinnen. Daher hat sie die repräsentativen Männer des Südens bei ihrer Schwäche gefaßt, ihrer Günstigkeit und Charakterlosigkeit, und die Wählermasse bei ihrer Anhänglichkeit an ihre Vertreter. Auf diese Art wird der Kammerpräsident der Nicola und der frühere Ministerpräsident Orlando die beide nicht Faschisten sind, als Lokvogel auf der Faschistenliste erscheinen. Sogar der frühere Unterrichtsminister Nitti, der durch seinen Prozeß wegen Untergewaltigkeiten im Amt bekannt ist, scheint dem Faschismus seine getreuen Wähler der Provinz Trapani zuwählen zu sollen. Wemigstens hat ihn die Regierung alle seine wegen der Verurteilung aberkannten Wähler wieder gespickt.

So widerwärtig übrigens diese Neuerungen „faschistischer Geradheit und soldatischer Draufgängertums“ auch sein mögen, so haben sie bei der bevorstehenden Erneuerung der „italienischen Volkswirtschaft“ keine eigentliche praktische Bedeutung, denn von einer Möglichkeit der Opposition, sich bei der bevorstehenden Schlacht zur Geltung zu bringen, kann gar nicht die Rede sein. Nach der Kostprobe, die die erste sozialistische Wahl zusammenbrachte, die in Genues am 27. Februar stattfanden, sollte, gesteuert hat, wird es sich diesmal mehr um ein Schlachten, als um eine Schlacht handeln. In Genues wollten sich die Einheitssozialisten über ihre Wahlhaltung auseinandersetzen, wozu eine private Versammlung von der Polizei erlaubt worden war.

In diese drangen die Faschisten ein, mit Knüppeln und Revolvern, schlugen auf alle ein, so daß einige fünfzig Personen verletzt wurden. Unter den Verwundeten befindet sich der sozialistische Abgeordnete Gonales, der schon in Mailand bei der Demonstration für die Kriegsgefallenen mit knapper Not dem Tode entgangen war. Verwundet wurde auch jener Marine-Ingenieur Raffaele Rossetti, der den österreichischen Banker „Hilfsbank“ verhaftet hat und dafür mit der goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde, die man seinem Vater und seiner Mütterlichkeit (er ließ der ganzen Mannschaft Zeit, sich zu retten, von welcher Möglichkeit nur das hohe Willkürbewußtsein des Kommandanten nicht Gebrauch machte) zubilligen mußte. Auch ihm passierte es jetzt schon zum drittenmal, sich als Hesseide des Faschistenknüttels zu sehen. Zum Schluß besetzte die faschistische Miliz den Saal, und die Faschisten verberstigten ihren „Sieg“ und erklärten durch den Mund eines ihrer „repräsentativen Männer“, des Abgeordneten Grandi, daß die Diskussionen erst nach den Wahlen duhnen würden. Das ist eine unabweisende Formel der Orgie, die sich zwei Monate lang unter dem Namen des Wahlkampfes in Italien abspielte. Ein offizielles römisches Morgenblatt unterbreitete diese Worte Grandis und lobt die Gewalttat gegen Gonales und Rossetti, über die es die Kotelmer seiner eleganten Prosa ergießt.

Uebrigens hat auch Mussolini selbst seine endlose und ermüdende „Festrede“ im Palazzo Venezia mit der nachschneidenden „raschen Festsache“ gelöst: „Ich schreibe bei dem Ansehen all unserer Wähler, daß wir gestern wie heute, heute wie morgen bereit sind, totzukümpfen, wenn es sich um das Vaterland und den Faschismus handelt, totzukümpfen und zu sterben.“ Er hat weiter verkündet, daß die Miliz weiterbestehen werde in alle Zukunft und daß die Gewalttaten von faschistischer Seite nur eine Folge der Opposition seien. Ohne Opposition keine Gewalttat! Wie kann man erdlicher Frieden anbieten?

Man fragt sich nun, ob es wirklich unvermeidlich ist, daß die antifaschistische Opposition durch Beteiligung am Wahlkampf diesem den Schein einer legalen und konstitutionellen Verankerung geben soll. Man stellt es heute, und die faschistische Presse lautet es gar nicht, daß sich der gesamte Wahlakt im engsten faschistischen Familienkreis abspielen wird: Faschisten werden die Zettel in die Urnen stecken, Faschisten werden sie herausnehmen, Faschisten werden sie zählen, und das Wunder der fünf Proze die ein Kinderpiel gegen die Republik sein! Weshalb sollen da nichtfaschistische Wähler, nichtfaschistische Bürger aller Berufe sich am Wahltag vor Haus rühren, gleichsam um den Wähler zu den bereits vorhandenen Stimmzetteln zu stellen? Freilich verlobt die faschistische Presse, man werde auf die Wahlenthaltung mit Gewalt reagieren. Wenn dem so sein sollte, dann käme es uns wirklich würdiger, ein Ende mit Schreden dem heutigen würdigen Schreden ohne Ende vorzuziehen. Die allgemeine Wahlenthaltung der Opposition würde wenigstens den Vorteil haben, dem Ausland zu zeigen, auf welche Weise im faschistischen Italien die „Volksvertretung“ zustande kommt.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Über die Frage der Einverleibung der polnischen Staatsangehörigkeit durch die Deutschen in Polen wurde vom Völkerbundsekretariat in Genf unter dem Vorsitz des brasilianischen Mitglieds des Völkerbundesrates, Souza Dantas, eröffnet. Die Verhandlungen werden in erster Reihe der Lösung der Schwierigkeiten gelten, die sich aus der praktischen Anwendung des für Deutschland gültigen Gutachten des internationalen ständigen Gerichtshofes über die Auslegung des Artikels 4 des polnischen Minderheitenvertrages ergeben. Ferner soll die durch Artikel 3 dieses Vertrages aufgeworfene Frage des ununterbrochenen und rechtlichen Wohnortes der Deutschen in Polen geregelt werden. Nach einer kurzen Begrüßungssprache des Vorsitzenden dankte der ehemalige Staatssekretär Lewald im Namen der Deutschen und der Chef der polnischen Delegation des Warschauer Außenministeriums, Kosminski, namens der polnischen Delegation, den Mitgliedern des Völkerbundesrates für ihre Mitwirkung an der Beratung und sprach zugleich die Hoffnung aus auf einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen. Außer den beiden genannten Persönlichkeiten nahmen an den Verhandlungen noch auf deutscher Seite der Ministerialrat Seelitz und Professor Kaufmann.

## Rußland beteiligt sich an einer Völkerbundskommission.

In der Sitzung der Pariser Kommission des Völkerbundes, die am 14. Februar in Rom beginnt und einen Antrag für die Erweiterung des Washingtoner Marineabkommens ausarbeiten soll, wird Rußland durch Admiral Behrens vertreten sein.

## Die bürgerliche Seite in Frankreich scheidet unklare Rantonisten aus.

Paris, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die letzte Abstimmung in der Finanzdebatte der Kammer, insbesondere die von Herriot in der vergangenen Woche erzwungene grundsätzliche Entscheidung für oder wider das Ermächtigungsgesetz, scheint eine Reibung der radikalen Parteien von einem Teil der ungenutzlichen Elemente zur Folge zu haben, die bisher bei den wichtigsten Abstimmungen der Opposition der Radikalen die Geschlossenheit nahmen. Am Dienstag wurde die fünfte Austrittserklärung eines radikalen Abgeordneten gemeldet. Im Hinblick auf die vorläufige Fassung, die der sozialistische Parteitag in Marseille seinem an die Radikalen gerichteten Einigungsvorschlag für die Kammerwahlen gegeben hat, kann diese Vereinseitigung der Radikalen Partei als eine Festigung des Blocks betrachtet werden.

## Wo rühren sich die Kommunisten?

Aus Berlin wird uns gemeldet: Die politische Umstellung des Königsberger Polizeipräsidiums hat eine Veranlassung von Kommunistenführern bei der Besprechung der für den 18. Februar geplanten gewalttätigen Kundgebung überbracht und ausgehoben. 85 Teilnehmer der Versammlung wurden verhaftet. Es ist anzunehmen, daß durch diese Zugriffe die geplante Kundgebung vom 12. Februar vereitelt worden ist. Außerdem machen die Kommunisten in Gellertischen und vor allen Dingen auch in Braunschweig öffentliche Propaganda für Demonstrationen. (In Berlin wird behauptet, die SPD hätte ihre Demonstration „verloren“ — offenbar aus Mangel an Unterstützung.)

## Einen haltlosen Wahlkampfschwandel

Wählten sich die geistigen „Neuesten Nachrichten“ in einem Artikel gegen die Sozialdemokratie. Sie behaupten, daß die deutschen Sozialdemokraten gegen den Anschlag Deutsch-Deutscher in jedem Zeitpunkt mit Nachdruck gefordert hat und die Orientierung durch ihr Verbot das einzige Hindernis des Aufschlusses unauflöslich nach dem Kriege war. Sie doch auch gerade unser Genosse Löbe auf Grund dieser Forderung zum Vorsitzenden der größten ökonomisch-deutschen Organisation für die Propagierung des Anschlusses gewählt worden. Im übrigen enthält der Artikel erhebliche Ungenauigkeiten. In dem er feststellt, daß die Sozialdemokratie durch größeren Scheinradikalismus im Sinne der Kommunisten parteipolitisch wahrscheinlich besser abgehoben hätte. Ganz im Kommunistenstil wird dann die offensichtliche sachliche Gegenüberstellung der Sozialdemokratie als bürokratische Stimmungslosigkeit usw. beschimpft, während derselbe „Generalanzeiger“ natürlich doppelt so laut schimpfen würde, wenn statt dieser unbedeutenden Gegenwartsarbeit die Sozialdemokratie den gefühlsmäßigen Wünschen der durch Arbeitslosigkeit und Ausnahmestand besonders gequälten Teile der Arbeiterschaft aus kurzfristigen Wahrscheinlichkeitsrechnungen getragen hätte. Es ist immer lehrreich, wenn die Sinnesblätter uns „Radikalismus“ predigen, denn es gibt keine wirksamere Warnung vor dieser Art „Radikalismus“.

## Kampf zwischen Einwohnern und Separatisten in der Pfalz.

Wie Berliner Blätter aus Pirmasens melden, ist dort seit gestern Abend zwischen der Einwohnerschaft und den Separatisten ein schwerer Kampf im Gange. Eine Abordnung der Bevölkerung verlangte von den separatistischen Bezirkskommissionären den Abzug der Separatisten aus der Stadt. Als dies abgelehnt wurde, zog eine große Menschenmenge vor das Bezirksamtsgebäude, wo sich die Separatisten verschanzt haben. Sie schießen von dort aus auf die Menge und werfen Handgranaten gegen sie. Auf Seiten der Bevölkerung soll es bereits mehrere Tote und Verwundete gegeben haben. Am das Bezirksamtsgebäude sind Feuerzylinder aufgeföhrt, um das Gebäude unter Wasser zu setzen und auf diese Weise die Separatisten zur Uebergabe zu zwingen. Die Franzosen verhalten sich neutral.

## Die Bayrische Volkspartei erinnert an Ehrhardts Stechbrief.

München, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die ungewöhnliche Reifezeitigkeit, mit der der bayrische Justizminister, Herr Ehrhardt, von den Radikalen der bayrischen Justiz abhüttelt zu können glaubte, hat selbst in den Kreisen der maßgebenden bayrischen Regierungspartei lebhafteste Bedenken erweckt und eine Stellungnahme der offiziellen Parteikorrespondenz der bayrischen Volkspartei hervorgerufen, die politisch von besonderer Bedeutung ist. Am Schluß dieser Auslassung heißt es: „Es liegt auf der Hand, daß weder durch die Darlegung des bayrischen Justizministers, noch durch die Parteierklärung der Ehrhardtleute — bei Ehrhardt sei ein Defizit des Meinens in seiner Weise gegeben — der Fall Ehrhardt irgendwie eine Klärung oder gar eine befriedigende Lösung gefunden hat. Solange von einer deutschen Gericht ein Meinensverhältnis gegen den Kapitänleutnant Ehrhardt schwebt, solange der Stechbrief gegen den Kapitänleutnant Ehrhardt nicht zurückerzogen ist, solange ist der Fall Ehrhardt eine betrübliche Tatsache, die auf dem Rechtsempfinden eines jeden Menschen, dessen Rechtsbegriff nicht verpolitisiert ist, drückend schwer lastet und, was noch bedenklicher ist, eine Tatsache schafft, die auf den herrschenden Rechtszustand leicht ein ungünstiges Licht werfen kann. Wenn die bayrische Justiz formalrechtlich zurecht an diesem Fall nicht interessiert ist, so trägt sie doch die Verantwortung dafür, daß im Interesse ihres Ansehens Mittel und Wege gefunden werden, den Fall Ehrhardt zu beseitigen.“ Da der Fall Ehrhardt die bayrische Justiz schon seit Monaten, ja schon seit Jahren belastet, fällt das pflichtige Verechtigungsbedürfnis der bayrischen Volkspartei jedermann auf. Die Gründe für diese Eiferigkeit liegen ganz offenbar in der kürzlich erfolgten Anbahnung der Ausöhnung zwischen Ehrhardt und Lubendorff.

## Der Schwärmer von Bazancourt.

Von Otto Heilemann.

46] Doch hatte sie sich kaum im blauen Dämmer des hohen Kammer verloren, als schon Schmerz sie ganz ergriff. Sie lag es willens gelassen. In wider Qual warf sie sich auf die Matratze. Die Augen weinten und ihre Schultern zuckten heftig. Ihr aufgewühltes Schlingen irte angstvoll suchend durch das Gelächern. Ihr Leib unflatterte verzerrt die laste, stets lächelnde Figur.

Vorgeschlag, der ihr mit den Händen folgte und sie in die Arme treten sah, erschreckte freudig bei der unerwarteten Gelegenheit, sie noch einmal sprechen zu können. So schnell er konnte, folgte er ihr nach. Er zog herab. Er hatte Angst, sie könne wieder ins Freie treten, bevor er sie allein gesprochen habe. Er war so sehr erregt, daß ihm die schwere Kissenkante entgegen und während in das Schloß fiel. Entsetzt über den Knall, blieb er auf einmal stehen. Er sah noch nichts. Unschlüssig erst gewöhnten sich die Augen an die Dämmerung.

Sie lag vor dem Kissen. Ihr Schlingen ritt an seinem Herzen und gab dem Kammer freie Hand. Ihn ward so heiß gemacht. Ein hebes ohne Freude, ohne Trauer, ein Wachen ohnegetrieben, durch keinen Schweiß und keine Freude auch für Gedanken nur zerstreut. Wenn dieses jetzt vorüber war, war alles, alles alles aus.

Ganz leise trat er näher und legte sanft sein Hand auf ihre ungeschuldeten Schenkel.

Der alte Heiler, der vom Turm die Dinge über beobachtete, sah sie an und nickte. Die letzte Stunde war und legte sich beruhigt auf den Bauch und hatte durch das Loch der Decke.

Wie eine glühende Leuchte war der Teil des goldenen Kammerdunkens und dann vor dem Kissen auf seine Brust zu liegen, in es ließ übersehen. Er trat nicht weiter. Er sah es dann noch den Heiler, der aus seinem Hause, bei ihr gewartet.

Er hielt, wie sie erklärte und sich erhob und o!... sich diesem Tonel an den Hals wickelt.

„Nur nicht!“... Die Hande liegt sich in den Armen!“ Er trakt die Finger in den weichen Boden und hatri hinab. Sicher, fassungslos, schaukelnd, Berdammtes Weib!“ Er wühlte in seinen Haaren und schloß sich an die Stirn. Es ist unmöglich. Er will es noch nicht glauben.

Er hält die Hände an die Augen. Nein, nein, es ist schon richtig! Sie sind es beide. Ah, ah, ah!“ Er grunzt. Berdammte! Sie wissen ja. So kann da dich verpfeifen!“ Er flucht mit seinen Zähnen und seine Glieder beben. Wie kann ich sie bloß lassen?“ Dämmrige Nacht. Er blinzt sich um, steht das Gewehr, prengt hoch und reißt es an die Wangen.

„Auf trüber Lat! Die Hände fliegen. Sie alle bedel! Die Nase kommt!“ Nein, nein! Er gilt als Mörder seines Sohnes. Soll er auch noch das Mädchen treffen? Nein, das ist keine Frage. Sie würden auf ihn aufmerksam und ihn hier sehen lassen. Ein Kerl ist keine Frage. Nein, warumig, hundert will er niederschleichen. „Das, Hände, sollt ihr alle hühen!“ Er legt die Hände fort. Der Kerl wird er sich merken. Den Schurken, den verdammten Schurken.

Er hielt wieder hinab. Die Haare fliegen ihm. „Ah, ah, ah!“ Berdammte! Berdammte! Berdammte! Ihr Wut euch immer noch? Kommt das denn gar kein Ende?“ Er dümmte sich auf und wühlte die Hände von sich. Er weiß sich nicht zu helfen. Ob er doch schlafen soll? Er drückt sich wieder nieder. O, immer noch! Immer noch! „O Weib! Berdammtes Weib!“ Er flucht.

„Was hast du nicht an aus der trübigen Nacht. O, warum hast du nicht die Hände an die Augen?“ Das Weib, das er nicht durch die Haare, als wollte es sie sprengen. Da er laut flucht, daß es da unten auch nicht mehr ist? Nein, nein! Er darf sich nicht verziehen! Er kann es nicht mehr sehen. Die Augen drücken aus den Schlingen. Er kann es nicht mehr sehen. O, er hat Schluß! Hat er denn nichts gemerkt? War er denn blind? Er hat geschlafen, unmerklich, schlafend. O, Weib! Berdammtes Weib! Berdammtes Weib! Wie kann ich nur vor dir bestehen? O, o!“

Er wirft sich wieder nieder und wühlt sich hin und her. Er schlägt an seinen Kopf. „O, o!“ Das schmerzt. „O, Was, verdammtes Weib!“ Und er hat nichts gesehen, nichts gesehen! Nichts, gar nichts gesehen! Den Kerl, wenn er ihn sieht, die Kette wird er ihm durchschneiden! Der Wahnwitz treibt ihn wieder an den Hals. „Hei... lassen sie sich los...“ Wie sie sich nur betrachten! Berdammtes Weib! Er möchte schreien, daß sie zusammenfahren. Sie fliehen wie feigewachsen. Daß diesem Weib doch das Gewissen schlägt! „O Christoph, deine Tochter!“ Wenn du es wüßtest, Christoph! Ich wuß mich vor dir schämen!“

Jetzt endlich geht das Weib. Es wird auch Zeit. Wie nur der Heuchler flennt! Ein heller Schein fällt freudig in die Kirche. Laut schlägt die Tür ins Schloß. Noch immer steht der Kerl. Er sieht zu Boden und sinn wohl über neue Schicksaligkeiten. „Damm eilt der helle Schein noch einmal auf dem Boden hin und her, die Tür fällt wieder zu, und es ist alles ruhig in der Kirche. Er lauscht noch eine Zeit. Ganz leise waagt er dann, einmal hinabzufragen. Einjam und langweilig greift die stets lächelnde Figur der Jungfrau in den blauen Dämmer. Weiß leuchtet ihre Hand. Weiß sind die kalten Hände, leuchten haben...“

Thibaut versucht, sich zu erheben. Die Knie sind so schwach, daß sie ihn kaum noch tragen. Das hat ihn aufgeregt wie nie etwas. Er bricht von Zeit zu Zeit zusammen. Wenn nur die Freunde kommen wollten, daß er die Hunde jagen kann. Sie haben Mut bei kühnen Weibern. Das Weib ist voll! Sie sollen ihn noch kennen lernen! Er schließt sich aus Fenster. Die Sonne strahlt hell und goldbar durch die Scheiben und läßt die weichen Glieder in hellem Licht wie eine Winter.

Die Radikalführer sitzen ungeduldig, und die Wachen können nicht. Der alte Heiler, wie seine Entschlossenheit sich auf den Augen neben ihre Brust legt und das Gesicht in ihre Hände blickt. Er möchte wirklich wissen, warum das Anwesenungsblatt! Und wenn man tausend Jahre leben würde, die Wachen kennt man nie! (Fortsetzung folgt.)



# Die Frage der Landbürgermeistereien wird durch die Provinziallandtage entschieden.

Der Ausschuss des preussischen Landtages zur Beratung der Städte- und Landgemeinverordnungen fasste am Dienstag in der Frage der Schaffung von Landbürgermeistereien folgenden Beschluss: Landbürgermeistereien werden in den Provinzen gebildet, in denen der Provinziallandtag die Bildung für das gesamte Gebiet der Provinz beschließt. Dieser Beschluss muss mit mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen gefasst werden.

## Severings ostpreussische Maßnahmen.

Aus Berlin wird gemeldet: Minister Severing hat am Montag in einer Sitzung des Preussischen Staatsministeriums Bericht über das Ergebnis seiner Ostpreußenreise erstattet. Wie aus seinen eingehenden Darlegungen hervorgeht, haben sich die Vorwürfe, die in letzter Zeit von rechtsstehender, besonders auch von völksparteilicher Seite, gegen die Personalpolitik in Ostpreußen erhoben worden sind, im wesentlichen als haltlos herausgestellt. Besonders die Amtswahlverfahren als hallos herausgestellt. Besonders die Amtswahlverfahren als hallos herausgestellt. Besonders die Amtswahlverfahren als hallos herausgestellt.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Zusagen an die Beamtengewerkschaften.

Am Sonnabend fand, wie erst jetzt bekannt wird, im Reichsfinanzministerium eine Aussprache zwischen der Regierung und Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten statt. Dabei wurde von den Beauftragten des Reichsfinanzministeriums die Erklärung abgegeben, dass nicht beabsichtigt sei, die auf Grund der Personalabbauverordnung ausgeschiedenen Beamten von einer etwaigen künftigen Erhöhung der Gehälter auszuschließen; ebenso sei nie daran gedacht worden, Gehaltserhöhungen im Wege der Gewährung nicht ruhegehaltfähiger Zulagen vorzunehmen. Auch sei es der ernste Wille der Reichsregierung, sobald es die Finanzlage irgend gestattet, die Grundgehälter und den Ortszuschlag anzuheben.

## Zum Personalabbau bei der Eisenbahn.

Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wird uns geschrieben: Die Abbaupersonalverordnung hat in ihren Auswirkungen das Personal mit aller Schärfe getroffen. Zahllose Existenzen, die auf die Zuhilfenahme einer gesicherten Stellung, durch Gehälter und Verordnungen gestützt, aufgebaut waren, sind zerfallen. Die Umstände, unter denen sich solches vollzieht, sind in ihrer Tragweite oft nicht zu übersehen. Die Öffentlichkeit zeigt wenig Verständnis und Interesse für den Ruin zahlloser Familien. Diese Passivität mag einmal auf den Unstand zurückzuführen sein, dass zugleich Millionen feiern müssen und zum anderen auf die inflationäre Hege, die in der bürgerlichen Presse gegen die Staatsbetriebe und das Personal derselben getrieben wurde.

Diese Ruhe und Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit kann leicht gestört werden durch die starke Verminderung der Betriebsfähigkeit im Eisenbahnverkehr. Man kann nur hoffen, dass sich diese verminderte Sicherheit nicht in katastrophalen Unglücksfällen und anderen Unglücksfällen äußert. Wir betrachten es als ein Gebot der Pflicht, die Öffentlichkeit und vor allem die Arbeiter die Gefahr der drohenden Gefahr hinzuweisen, damit Abhilfe geschaffen werden kann, ehe Gesundheit und Leben der Mitbürger gefährdet sind. Die Gründe für die wachsende Betriebsunfähigkeit liegen klar zutage. Die plan- und ideenlosen Abbaumaßnahmen werden in einer Form durchgeführt, die sich in ihrer Gefährlichkeit von den Laien noch nicht erkennen lässt, weil die Witterung sich mit den Abbau-Kommissionen verbündet hat. Bei Witterungsumschlag und eintretender Erwärmung werden sich die unheilvollen Folgen bald zeigen.

Dem eintretenden Personalmangel und den damit zusammenhängenden Betriebschwierigkeiten glaubt das Reichsverkehrsministerium durch eine Verlängerung der Arbeitszeit abhelfen zu können. Das wird sich jedoch als ein Trugschluss erweisen. Die tägliche Arbeitszeit soll ab 10. Februar 1924 u. a. auch in der Bahnunterhaltung von 8 auf 9 Stunden, also um 12 1/2 Prozent, erhöht werden. Dieser Prozentsatz wird aber in dieser Höhe bei der Gesamteinsparung von Betriebs- und Bahnunterhaltungspersonal nicht in Erscheinung treten, weil bei einem beträchtlichen Teil des Betriebspersonals der Verlängerung der Arbeitszeit die bereits erreichte Höchstgrenze der Schichtlänge entgegensteht. Abgebaut sind vom Betriebspersonal bisher 15-20 Prozent und vom Bahnunterhaltungspersonal etwa 28 Prozent. In einigen Direktionsbezirken ist der Abbau noch weit stärker. Die aus diesen Umständen entstehenden Nachteile werden verschärft durch die Witterungseinflüsse des vergangenen harten und schmerzreichen Winters auf dem Gleiskörper der Eisenbahn. Die ganze Bahnunterhaltungsarbeit der letzten Monate bestand im wesentlichen im Schneeräumen und in der notwendigen Aufrechterhaltung der Betriebs- und Verkehrsbedingungen. Bei Eintritt milderer Witterung werden jedoch die Erscheinungen, die Schnee und Frost auf dem Gleiskörper zurückgelassen haben, unangenehm hervortreten. Die Bahnbewachungsbeamten konnten bisher ihrem Dienst nur bedingt nachkommen, weil der Schnee auf den Strecken und den Bahnhöfen in Maschinenhöhe lag. Es konnten die Schrauben, Bolzen und Lagen, auf deren Güte die Betriebsicherheit besonders beruht, nicht einwandfrei und zum Teil gar nicht nachgeprüft werden. Die starke Kälte ist ein direkter Anlaß für ein Anschwellen solcher Gefahrquellen. Durch den Frost wird der Untergrund des Bahngleises mit seiner Feuchtigkeit und seiner Bettung zu einer betonartigen Masse, der jede Elastizität fehlt. Ferner verleiht der Frost dem Schienen- und Gleisweisen-Material eine höchst unerwünschte Sprödigkeit, so daß die Möglichkeit für das Auftreten von Gleisschäden durch das Zusammenrücken dieser unglücklichen Momente erhöht wird. Der scharfe Frost macht besonders bei den auf feuchtem Untergrund liegenden und in hügeligen Gegenden dem Siderwasser ausgefakelten Gleisstrecken, die vorhandenen Entwässerungskanäle unbrauchbar. Das durch

den Gefrierprozess des Untergrundes hervorgerufen. Mit Eintritt des Tauwetters geben diese Frostbeulen nach und das Gleis wird dadurch häufig aus seiner Richtung gedrängt und die Betriebsgefahr ist akut. Alle diese Erscheinungen lassen sich aber nur beseitigen, wenn der Bahnunterhaltung in der Frühjahrszeit ein ausreichendes und ausgebildetes Personal zur Verfügung steht, das sofort, wenn die Bahnbewachung derartige Schäden in ihren ersten Anzeichen wahrnimmt, Abhilfe schaffen kann. Wird aber in der augenblicklichen Zeit der Personalabbau der Bahnunterhaltung geschmäht, so daß er weit unter dem Friedensmaß liegt, dann ist eine Gewähr für die Betriebsicherheit nicht mehr gegeben. Nicht nur das Eisenbahnpersonal, sondern die gesamte Öffentlichkeit hat das Recht und auch die Pflicht, darauf zu drängen, daß der Personalabbau in der Bahnunterhaltung nicht unter das Maß des absolut erforderlichen herabsinkt. Inwiefern müssen sich die Auswirkungen eines so radikalen Abbaues geradezu katastrophal äußern. Und wir müssen schon heute erklären, daß die Schuld auf das Reichsverkehrsministerium zurückfällt. Hoffentlich lenkt man ein, ehe es zu spät ist.

## Teilstreiks bei der Eisenbahn.

Böhm, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Trotzdem die Urabstimmung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes am 26. und 27. Januar über Annahme oder Ablehnung der verlängerten Arbeitszeit bei der Reichsbahn eine Mehrheit für einen Abwehrstreik nicht ergeben hatte, sind in Hagen und Oberfeld Teile der Eisenbahner auf den Eisenbahnbetriebsstellen in den Streik getreten. Die Streikenden erklären, die Ausführung der neu festgelegten Arbeitszeit unter allen Umständen ablehnen zu wollen. Neben dem Streik, der von der Organisationsleitung nicht gebilligt wird, sind Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Streikenden im Gange.

## Aus Schlesien.

### Auch Wahl-Versammlungen müssen drei Tage vorher angemeldet werden!

Der Militärbefehlshaber schreibt uns: Im Hinblick auf die bevorstehende Wahlzeit dürfte es für die Öffentlichkeit von Interesse sein, von den bestehenden Bestimmungen über Anmeldepflicht öffentlicher Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten erneut Kenntnis zu erhalten. Durch die Bekanntgabe in der Presse wird der Bevölkerung die Beachtung der in Betracht kommenden Verordnung erleichtert, wodurch unnötige Härten vermieden werden können.

Ich darf deshalb anheimstellen, nachstehende Verordnung Nr. 2, die ich seiner Zeit durch die Herren Oberpräsidenten zur öffentlichen Kenntnis habe bringen lassen, zu veröffentlichen. Verordnung Nr. 2 vom 13. Oktober 1923 und Nachtrag vom 12. Dezember 1923. Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestimmte ich im Einverständnis mit dem Herrn Regierungskommissar:

Alle öffentlichen Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten in geschlossenen Räumen sind 3 Tage vorher bei den örtlichen Polizeibehörden anzumelden. Aber die Anmeldung öffentlicher Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten bei den zuständigen Polizeibehörden unterläßt, macht sich nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 strafbar.

Nicht fristgerechte Anmeldung einer Versammlung zieht ihr Verbot nach sich. Der Militärbefehlshaber, Gen. v. Hesse, Generalleutnant.

### Der Landarbeiter Gustav Eisner,

geboren am 30. August 1906 zu Breslau, bis zum 23. Dezember 1923 auf dem Dominium Schleichwitz bei Steinau in Stellung, ist seit diesem Tage verschwunden. Nachforschungen nach ihm sind bisher vergeblich gewesen. Er war die Stütze seiner betagten, notleidenden Eltern. Angaben über seinen gegenwärtigen Aufenthalt sind an Hermann Eisner, Breslau, Friedrich-Wilhelmstraße 27, zu leisten.

Hochkirch (Kreis Liegnitz). Ein Stahlhelm-Bakter. Großes Befremden und Empörung erregt unter einem Teil der Gemeinde das Auftreten des Vektors Buchwald in Hochkirch. Sonntags predigt er in der Kirche: „Liebet eure Feinde und liebet euch untereinander“ und Wochentags läuft er mit Stahlhelmmütze und schwarz-weiß-roter Kotarbe umher und begeißt sich für die Ziele des Stahlhelms, für den neuen Krieg. Jesus lehre zwar: „Du sollst nicht töten!“, aber leider finden wir in allen Ländern die Pfaffen bereit, die Waffen zum Völkermord zu segnen.

Auch die vielumstrittene Persönlichkeit des Polizeipräsidenten Lübbing bietet dem Staatsministerium keinen Anlaß zum Einreiten. Minister Severing hat sich zwar die Entscheidung über das von Lübbing gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren noch vorbehalten, aber Lübbing wird einsehen, dass er im Amt verbleiben. Zur Vermeidung aller Reibungen mit der Öffentlichkeit wird ein Lausitz einziehen, Lübbing als Polizeipräsident nach Dortmund und der dortmündige Polizeipräsident Brandt nach Königsberg versetzt wird. Endlich wurde noch für den Kreis Niederung anstelle des in den Ruhestand getretenen Landrats Rahl der aus dem Rheinland ausgewiesene Landrat Dr. Honig mit der kommissarischen Verwaltung dieses Kreises beauftragt und der bisherige kommissarische Verwalter des Kreises Löwen, v. Hermann, zum Landrat ernannt. Damit dürfte der wirklich sachliche Teil der Kritik an der angelegentlich einseitigen Personalpolitik des preussischen Innenministeriums erledigt sein.

## Weitere Besserung im Textilgewerbe.

Neue Ausperrungen jedoch durch die Unternehmer beschlossen. Durch die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Januar 1924 ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Textilindustrie zu verzeichnen. Von der Zahlung wurden 92,5 v. H. der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes erfasst. Davon waren 51.916 gleich 10 v. H. gegenüber 12,3 v. H. im Dezember arbeitslos, 22.176 gleich 16 v. H. gegenüber 37,5 v. H. im Dezember waren Kurzarbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter betrug 134.892 gleich 26 v. H. gegenüber 49,9 v. H. im Monat Dezember 1923. Die günstige Wendung zur Besserung wird jedoch durch das Vorgehen der Unternehmer, der Textilarbeiterarbeit eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich aufzuzwingen, gewaltsam gestört. Im Rheinland und in anderen Bezirken Deutschlands sind zehntausende von Textilarbeitern durch die Unternehmer ausgesperrt oder in den Arbeitsstreik gedrängt worden. In Westfalen haben die Unternehmer der Arbeiterarbeit die Kündigung zugestimmt. Sie verlangen dort ebenfalls eine über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit. Durch diese Kämpfe werden der deutschen Textilwirtschaft Wunden geschlagen, die auf Jahre hinaus nicht wieder gutzumachen sind, und die auch durch eine verlängerte Arbeitszeit nicht ausgeglichen werden können. Beachtlich ist dabei, daß der Aussperrungsbeschluss der westfälischen Unternehmer nur mit einer schwachen Mehrheit gefasst worden ist. Die Minderheit der Unternehmer vertrat die ganz richtige Auffassung, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit keine Mehrleistung und keine Verbilligung der Produktion bedeutet. Durch die Aussperrungsbeschlüsse der Unternehmer wird, wenn die Aussperrung zur Tat wird, der volkswirtschaftliche Gewinn aus der Besserung der Konjunktur wieder vernichtet.

## Abbau der Darlehnsstaffeln.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Hauptverwaltung der Darlehnsstaffeln wurde der demnächstige Abbau der Darlehnsstaffeln beschlossen. Es sollen keine neuen Darlehen mehr erteilt werden; die Abwicklung der noch laufenden Darlehen erfolgt in angemessenen Fristen. Es ist in Aussicht genommen, die Darlehnsstaffeln zum 1. Mai d. Js. zu schließen. Nur die Hauptverwaltung der Darlehnsstaffeln und die Darlehnsstaffel Berlin werden für Abwicklungszwecke noch etwas länger bestehen bleiben.

## Aus aller Welt.

Gefährdung eines der schönsten Bauwerke Deutschlands. Dresden, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Dresdener Zwinger ist in Gefahr einzustürzen. Die bewulsteten Stützen, die der tollbare Bau Wöppelmanns erlitten hat, machen den Zwinger schon seit Jahren zum Sorgenkind aller Kunstfreunde nicht nur in Dresden und Sachsen, sondern in ganz Deutschland und im Ausland. Im Mauerwerk klaffen auseinander breite Fugen, und ganze Architekturdteile drohen herabzufallen. So daß die Hauptstütze schon an eine völlige Absperzung des Zwingers gedacht hat. Die Sachleute beglücken den Zwinger als eine komplette Ruine. Der Heimatschutz regt nun zur Beschaffung der nötigen Mittel zum Aufbau eine jährlich wiederkehrende Zwinger-Lotterie an, die sich über ganz Deutschland erstrecken und auch den anderen Katakomben- und Barockbauten Dresdens zugute kommen soll.

Eine Solomotte von einer Leuchte verschluckt. Am 6. Februar ist vom großen Lamplitzsturm eine Lampe niedergegangen, durch die in Station Hieslau (Ostpreußen) eine Leuchte verschluckt wurde. Die Leuchte war eine Leuchte mit einem Besondere und mehrere Eisenarbeiten waren verschluckt worden. Die Räumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Dieser ist es nun gelungen, den Solomotteführer in völlig unbeschädigtem Zustand zu bergen.

### 1 Nähmaschine

neu, Hobbs, billig bei Rosenfeld, Nikolaitstr. 78/79

### Buchhdlg. Volkswacht

Moderne Antiquariat Breslau 3, Neue Grapenstraße 5

### Wohnungen

### Wohnungstausch!

Tausche zwei 2st. sonnige Zimm., Bad., Entree, 2. Etg., Nikolaitstr., geg. gl. W. ober 2 u. 1st. Zimm. m. 1st. Küche im ruh. Quart. Off. unt. Z. 301 Bollsw.-Bucht.

### Räume

### Kinderwagen

aller Art, auch des. Kauf stets Kasari, Gneisenaustraße 11.

### Garn

Seidwand läuft zu hohen Preisen Frau Fräulein, Heinrichstr. 16.

### Bäder

Jeber Art 1815 läuft zu höchsten Preisen Boy & Co., Düppelstr. 1. Son 8 bis 8 Uhr geöffnet. Telefon Ohle 6046.

### Kleine Anzeigen

Alle komprimierten eing. Anzeig. v. Verkauft, Kaufgeschäften u. a. nur von 10 bis 11 Uhr. Wort 1 Fig., Zeit 5 Pennige. Gestrichelt mit Telefon. Preis 25 Pfg. zu verkaufen. Gg. Schillingstr. Straße 69.

# Bedeutende Preisermäßigung!

**Nur 3 Tage!** von Donnerstag, den 14. Februar bis Sonnabend, den 16. Februar.

Beachten Sie unser untenstehendes Angebot:

Herren-Anzüge haltbare Qualität . . . von <b>24</b> Mk. an	Gestr. Kammerhosen von <b>11</b> Mk. an
Sport-Anzüge moderne Fassens . . . von <b>33</b> Mk. an	Gummi-Mantel gute Gummierung . . . von <b>18<sup>50</sup></b> Mk. an
Herren-Hosen haltbare Stoffe . . . von <b>4<sup>60</sup></b> Mk. an	Knaben-Anzüge Größe 1-3 . . . von <b>4<sup>50</sup></b> Mk. an
Breeches-Hosen Kord und Manchester, von <b>10</b> Mk. an	Knie-Hosen 2.40 <b>2<sup>15</sup></b> Mk. an Leibchen-Hosen <b>2</b> Mk. an

**Konfirmanden-Anzüge** in großer Auswahl billigst

# Gebr. Meister

Herren- und Knaben-Bekleidungs-Haus  
Albrechtstr. 40, npt., l. u. H. Ego.



**Familien-Anzeigen**

Am 10. Februar starb in der Heil- und Pflegeanstalt Branitz mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der frühere Güterbodenarbeiter

**Karl Knauer**

im 47. Lebensjahre.  
In tiefstem Schmerz zeigt dies an  
Breslau, den 12. Februar 1924.  
Hubenstr. 33

**Anna Knauer, geb. Schön**  
nebst Tochter.

Beerdigung: Donnerstag, 14. Februar,  
vormittags 8 Uhr, in Branitz. 1106

Am 10. Februar verschied unser Mitglied,  
der Güterbodenarbeiter 1922

**Karl Knauer**

im Alter von 46 Jahren 7 Monaten.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Beerdigung: Donnerstag, den 14. Februar, vormittags  
8 Uhr, von der Pflege- und Heilanstalt Branitz.  
Trauerhaus: Hubenstr. 33, Distrikt 50

**Berücksichtigt unsere Inferenten!**

Bei **Schlaflosigkeit** u. **Nervosität** sowie bei nervösen  
Berührend und Irregulär **Wagen- u. Herzschmerzen** wirken  
und Irregulär **Fünftage Baldrian-Dropfen**.  
Nur echt mit gel. gesch. Namen **Beniamin**. **Apotheken**  
auf **Posten**, Breslau II, **Tauchaerstr. 91**, Ecke Grünstraße.

**Frauen-Vortrag** statt.

Nur für Frauen und Mädchen über 16 Jahre.

**Hygiene der Frauen!**

Großer Vortrag mit Demonstrationen und neuen farbigen  
Lichtbildern von **Hans Walbed**, Privatgelehrter, Berlin.

**Vernunftgemäßes Frauenleben:** Die Hygiene der Entwicklungsjahre.  
— Die Hygiene der Ehe. — Die Hygiene der Wechseljahre.

**Das Ende der Frauenkrankheiten:** Die Hygiene bei Unterleibs-  
fataren und Entzündungen. — Der Weißfluss und seine  
Behandlung. — Menstruationsstörungen und ihre Gefahren. —  
Die großen Heilkräfte der eigenen Natur. — Neubildungen,  
Geschwülste, Krebs im Unterleib. — Unterleibsstichum.

**Frauen-Nerven:** Die Nervosität und ihre Beziehungen zu den  
Unterleibsorganen. — Die Gefühlslage der Frau.  
**Originelles:** Die weibliche Handschrift als Krankheitsverräter. —  
Ermahnungen für Blutgefäße, das Geheimnis der Jugend  
im Alter.

**Der Aufbau der Frauenschönheit:** Neue Wege zu alten Zielen. —  
Die kunstvolle Beseitigung von Schönheitsfehlern nach den  
neuesten Erfahrungen.

**Mutterhaft und Kindespflege:** Die Hygiene der Mutterhaft. —  
Die Gefahren der Mutterhaft. — Der dunkle Punkt. — Die  
Geburtshygiene. — Kinderkrankheiten und schnelle Hilfe.  
**Exakte Hygiene gegen Volkskrankheiten:** Lungen-, Gallen-, Magen-,  
Nierenleiden, Würmer, Nervenerleiden, Gicht, Rheumatismus.

Eintrittskarten nur an der Abendkasse.  
Einlaß 7 Uhr. — Beginn 8 Uhr.



**O- und X-Beine**

heilt  
auch bei älteren Personen  
(Erlolge bis zu 52 Jahren)  
der

**Beinkorrektionsapparat!**

Deutsch. Reichspat. Nr. 335 518 sowie Auslandspatente.  
Ausschließlich im Gebrauch! Verlangen Sie gegen Einsendung  
von 1 Gmk. unsere physiologisch-anatomische Broschüre!  
**Arno Glander, Chemnitz (Sachsen) T. 5**  
Wissenschaftl. orthopädische Werkstätten.  
(Fachärztliche Leitung.)  
210

**Jede Nähmaschine**  
auch defekte, kauft sofort  
**Wenzlers, Gräßlöhner Straße 45.**



**Druckerei Volkswacht**  
fertig moderne Druckmaschinen  
Breslau 2, Mühlstraße 4/6



**Engroslager**

**Schmidt & Benedix**  
Breslau 6  
Friedrich-Wilhelm-Straße 1

**Masken-**  
Kostüme  
elegant und billig  
Zander, Gellhornstr. 28 I.

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**HALPAUS**

CIGARETTEN

**NEUE PREISE**

Rarifät Nr. 200 = 4 Pfg.

Rarifät-Special 5 Pfg.	Rarifät-Extra 6 Pfg.
Rarifät-Delikat 7 Pfg.	Rarifät-Luxus 8 Pfg.
Halpaus-Privat 10 Pfg.	Halpaus-Medoc 15 Pfg.

Trotz Preisermäßigung  
unverändert in ihrer  
unübertroffenen  
Qualität!

SCHWARZ

**Volks-Leihhaus**

billig **Schuhwaren** billig  
Weißburger Platz 7, I.  
**Nähmaschinen**  
Fahräder preiswert. Teil-  
zahlung. **Georg Gerold**,  
nur Sommer 20. I. Bldh.

**Lachen links!**

Das Witzblatt  
der Republik  
Heft 23 Preis 10.

Zu beziehen durch die Buch-  
handlung „Volkswacht“ und  
in die Zeitungsabteilungen.

**Textilhandelsbank**

**Gaebert & Co.**  
Kommanditgesellschaft

**Breslau 2, Tauchaerstraße 61**  
an der Taschenstraße.

Ausführung von Bankgeschäften aller Art.  
Annahme von Spareinlagen bei günstigster  
Verzinsung und monatlicher Zinsauszahlung.

**Vorläufiger Zinssatz 12% p. a.**

An- und Verkauf von Wertpapieren. 1848

**Nur einige Tage!**

**Großer Inventur-Ausverkauf**

**Mittwoch  
Donnerstag  
Freitag**

in allen Abteilungen unseres Lagers nur noch **Mittwoch, Donnerstag und Freitag.**

**Besonders preiswerte Angebote:**

**Baumwollwaren**

Prima Hemdentuch 80 cm breit	Meter	0.80
Linon für Bezüge	Meter	1.10
Prima Damast 80 cm breit	Meter	1.50
Seitlich-Kress 135 cm breit	Meter	2.00
Prima Züchen 80 cm breit	Meter	0.95
Körper-inlett 82 cm breit	Meter	1.70
Prima Hemden-Oxford	Meter	0.90

**Handtuchstoff** „rein Leinen“ Meter **0.90**

**Kleiderstoffe**

Velour für Blusen und Jacken	Meter	0.95
Blusenstoffe gute Farben	Meter	1.00
Blusenflanell 80 cm breit	Meter	1.50
Zephir für Blusen und Hemden	Meter	0.95
Kostümstoff 140 cm breit	Meter	2.50
Haustuchstoff echtfarbig	Meter	1.20
Musseline große Auswahl	Meter	0.95

Auf alle nicht aufgeführten Waren ge-  
währen wir, trotz unserer billigen  
Preise, einen Sonder-Rabatt von **10%**

**Wäsche**

Unterhosen mit Stickerei	Stück	1.50
Taghemden mit Stickerei	Stück	2.20
Herrn-Oxford-Hemden	Stück	2.70
Herrn-Mako-Hemden	Stück	2.50
Hausschürzen „waschecht“	Stück	1.70
Junger-Schürzen prima Satin	Stück	3.60
Kinder-Schürzen gutes Sortiment	Stück	1.10
Batist-Taschentücher	Stück	0.22

**Künstler-Tischdecken** Stück **4.50**

**Preise  
bedeutend  
herabgesetzt!**

**Gebrüder Lewek Gartenstr. 75**  
(gegenüber dem Landeshause).

**Beachten Sie  
unsere Fenster-  
Auslagen!**



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Februar.

### Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Arbeitslose Parteigenossen und Genossen!  
Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Versammlung

Alle arbeitslosen Parteigenossen und Genossen.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hermann Meise, 2. Bericht der Erwerbslosenkommission. Zutritt gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches und der Erwerbslosenkarte. — Die Ordner müssen wie immer rechtzeitig zur Stelle sein.

Abteilungsleiter! Handgeteilt zu der öffentlichen Versammlung am Freitag müssen noch heute im Parteisekretariat abgeholt werden.

Heute abend 7 1/2 Uhr: Versammlung der Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte der städtischen Betriebe, die Mitglieder der BSPD, im Gewerkschaftshause, Zimmer 13. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Chefbedienten Birnbaum über: „Der Diktaturgedanke von Lenin bis Mussolini“. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Metallarbeiter! Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte, die Mitglieder der BSPD, sind: Freitag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 12, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lehrer G. riel über: „Die Schule der Zukunft“. 2. Die Organisation der Wahlen. — Alle Betriebe und alle Abteilungen müssen vertreten sein. Ohne Parteimitgliedsbuch und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Jugendgenossen! Donnerstag, 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaft. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung (Was ist zu tun?). Jeder halte sich den Abend frei.

Arbeiterjugend! Mer heute nachmittag irgend Zeit hat, gibt Fräulein Waldmann das letzte Geleit. Die Beerdigung ist nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Cöfel.

Achtung, Arbeiterjugend! Heime 5, 6, 10, 11, 12, 13, 14. Unser Lichtbildvortrag über „Griechische und römische Kunst“ muß diesen Freitag schon um 7 Uhr pünktlich in der Matthischschule (Schnitzstraße) stattfinden.

### Will man die Arbeitslosen schikanieren?

Keinmal steht es so aus, wenn jetzt angeordnet wird, daß die Pflichten der Erwerbslosen seit 7 Uhr abends um 8 Uhr mit der Arbeit beginnen müssen, um dann ihre acht Stunden abzurufen. Der Arbeitslose, der dann, wenn er weit von seiner Arbeitsstelle wohnt, bereits um 5 Uhr von seiner Wohnung weggehen muß, wird damit unnötig in seinem Haus und Haushalt belästigt. Er muß dabei noch Licht verbrennen und sonstige Aufwendungen machen, um sich ein warmes Frühstück, sonstige Aufwendungen machen, um sich ein warmes Frühstück, wenn noch so viel im arbeitslosen Haushalt vorhanden ist, zu bereiten. Das gleiche wiederholt sich dann noch einmal, wenn die Kinder zur Schule gehen sollen. Diese doppelte Belastung kann dem Arbeitslosen erspart werden, wenn der Beginn der Arbeitszeit wie bisher auf 7 Uhr festgelegt wird. Die in Frage kommenden städtischen Stellen haben alles zu vermeiden, daß die Merkmale der Armen, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise, noch durch derartige Abesetzliche wiesfremder Bürokraten vergrößert werden. Wir erwarten unverzügliche Abänderung.

### Vollsbund für neue Erziehung.

Am 8. Februar leitete Herr Ollik mit einem kurzen Vortrag die Besprechung des Themas: „Das die Erziehung der Natur des Kindes Gewalt antun“ ein. Er legte in interessanter Ausföhrungen, die er auf das Schulfeld beschränkte, auseinander, wie der Unterricht der Volksschule davon aussehe, das Kind nicht als Durchgangsstufe zum Erwachsenen, sondern als Individuum mit Eigenwert zu betrachten und zu achten. Da die ältere Pädagogik das nicht erkannt oder nicht gelien ließ, habe sie den Schulbetrieb unformiert; nur das Kind mit hervorragenden Einzelseistungen hatte in der alten Schule Erfolg. Die neue Erziehungslehre werte das Kind von einem anderen Bildungsziel aus, der Persönlichkeit. Das bedeute nicht Kultur des Individualismus, sondern aus Individualismus und Sozialismus müsse eine Synthese zum Personalismus erfolgen. Der einzelne wolle sich nur in der Gemeinschaft aus, und die Gemeinschaft sei die wertvollste, die sich aus vielen recht verschiedenen Einzelindividuen zusammenfüge. Der Erziehung zur Selbstbestimmung trage die Volksschule dadurch Rechnung, daß der Unterricht nicht mehr nach formale Methode, „Lehrerfrage — Schülerantwort“ erteilt werde, bei der das schaffende Denken nur vom Lehrer geleitet würde. Bei der neuen Lehrmethode werde die ganze Klasse lebendig. Die aktiven Individuen übernahmen zwar die Führung, doch würden auch die mehr Passiven durch das Gemeinschaftsleben zur Mitarbeit herangezogen; denn jedes Kind würde daran gewöhnt, sich als Helfer des anderen zu betrachten. Vom alten Unterricht unterscheidet sich die moderne noch dadurch, daß großer Wert auf sprachliche Berichterstattung gelegt, dabei die Ausdrucksfähigkeit, auch die mimische, besonders gepflegt, aber auch sofort die kritische Einstellung geformt werde. Durch den ganzen Schulbetrieb solle die Selbstbestimmung und zur Selbstbestimmung im Hinblick auf die Zukunft. Das also sei der Weg der neuen Erziehung: der Schüler nicht durch Sanktionen, die ihm Gewalt antun, zu hemmen, sondern seiner Individualität zum Rechte zu verhelfen. In der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Kraenzel, Dr. Goldschmidt, Frau Davidsohn, Frä. Dr. Judas, Professor Winkler, Frä. Emma Fischer, Herr Reichbauer, Dr. Ganzemüller, Herr Prosko, Frau Mahow und der Referent. Sie befaßte sich mit den grundsätzlichen Fragen, die das Thema des Abends birgt: „Was ist Erziehung? Was heißt „Natur des Kindes“?, was „Gewalt antun“?, brachte aber auch viele praktische Anregungen aus dem Kreise der Elternschaft, besonders für die Erziehung des Kleinkindes. Im ganzen ergab die Diskussion wohl die Meinung, daß Ablehnung der Gewaltanwendung in der Erziehung nicht möglich sei. Der Begriff der Erziehung schließe die Überwindung von Widerständen in sich. Alle in der Sache liegenden Widersprüche sind deshalb der Erziehung dienstlich zu machen. Abzulehnen ist alle nur durch die autoritative Stellung des Erziehers geformte Gewalt. Der Abend kam dem Ideale nahe, das dem Vollsbund für seine in den Bundesversammlungen zu erreichenden Ziele vorschwebt. — Nächste Versammlung: Freitag, 14. März, 8 Uhr, im Saale des „Goldenen Jockers“. Fräulein Dr. med. Fuchs wird die Besprechung des Themas: „Sexuelle Aufklärung oder sexuelle Erziehung“ einleiten.

Schlesische Gartenbau-Gesellschaft.  
In der Januar-Sitzung der Schlesischen Gartenbau-Gesellschaft und der Sektion für Obst- und Gartenbau der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur hielt der städtische Garteninspektor E. Heinz eine interessante Vorrede über: „Niedere Kadelhölzer“. Ein Vortrag über die tannenartigen Gewächse. Der am besten geknauelte

Nortrag wurde unterstützt durch eine große Anzahl prächtiger Wilder, die zum Teil auch Herr Professor Dr. Rosen, Direktor des Pflanzenphysiologischen Instituts, zur Verfügung gestellt hatte, ferner durch eine große Menge lebender Zweige und Früchte aus den Anlagen des Scheitniger Gartens und des städtischen botanischen Schulgartens, die herzugehört wurden.

Der Redner führte etwa folgendes aus: Die Kadelhölzer bilden einen wichtigen Teil unserer holzartigen Gewächse. Wenn sie auch durch ihre weniger lebhaften Farbenabstufungen einen sehr ernsten und düsteren Eindruck hervorriefen, so möchten wir sie in der Landschaft doch nicht wissen. Ihre eigentliche Heimat ist das Gebirge, denn sie bedürfen zu ihrer guten Entwicklung eine gleichmäßige Luftfeuchtigkeit und Bodenfeuchte. Ein großer Teil findet trotzdem in der Ebene noch sein Fortkommen, wogegen sich nur wenige für Anlagen im Innern der Großstadt eignen sind, da Staub, Rauch, Ruß und die darin enthaltene schwefelige Säure ihnen sehr zusetzen. Auch die Kriebhöfe weisen beachtenswerte und schöne Kadelhölzer auf, da sie es ja sind, die den Kriebhöfen viel an Stimmung und Charakter verleihen. Sie bieten, weil sie meist immergrün sind, auch im Winter in der Landschaft reiche Abwechslung und dem Luftwandelnden Schutz gegen kalte, eilige Winterbrise. Im Park sollen die Kadelhölzer nicht vorberstehen, weil sie durch die heisse Regelmäßigkeit ihres Baues und die geringen Farbenunterschiede monoton und einseitig wirken würden.

### Schulabbau, Kulturbau, eine Gefahr für die Arbeiterbewegung!

Ist das Thema, über das in öffentlicher Versammlung

am Freitag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Genossin Reichstagsabgeordnete und Lehrerin

Toni Pfäfl aus München spricht. Alle Parteigenossen und Volkswachler bitten wir, für diese Versammlung zu werden.

Große Laubholzpflanzungen und weite Lichtflächen, wie Wiesen und Gewässer, müssen ihnen das Gleichgewicht halten. Ihr Holz, das keine Gefährde, sondern langgestreckte, gestülpte Profenahaynasellen mit häufig vorhandener Harzadung hat, ist von großem Wert für Holz- und Brennholz.

Die Kadelhölzer sind — mit wenigen Ausnahmen — immergrüne Gehölze und meist Bäume, die die städtische Größe von 50, vereinzelt auch 100 Meter erreichen. Von der Gattung Kiefer (Pinus) wurden 22 Arten und mehrere Varianten und Formen besprochen, von der Gattung Tanne 15 Arten usw. Herrliche Exemplare findet man davon in den Scheitniger Anlagen, die leider von gewissenlosen Menschen häufig beschädigt werden, besonders kurz vor Weihnachten. Der Redner schloß mit den Worten Max Bechers:

Pflanz' einen Baum, und kannst Du auch nicht ahnen, Mer einst in seinem Schatten tanzt. Bedenke, Mensch, es haben Deine Ahnen. G's' sie Dich kannten, auch für Dich gepflanzt.  
Der Vortrag fand den verdienten Beifall der stark besuchten Versammlung. — Am 12. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Matthischschule ein Vortrag statt von Herrn Professor Dr. Berker, Direktor des Universitätsinstituts für Pflanzenproduktionslehre über „Bodenkultur“.

### Schluß der Theater-, Varietee- usw. Vorstellungen.

Durch die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 22. Oktober 1923 ist die Schlußstunde für Theatervorstellungen auf 11 Uhr abends, für die Vorstellungen in Varietees, Kabarett, Kinos, Zirkusunternehmungen und für sonstige der Erlaubnis bedürftige Darbietungen auf 10 1/2 Uhr abends festgelegt worden. Diese Bestimmungen, die in letzter Zeit offenbar nicht immer genau beachtet worden sind, werden den Interessen zwecks Vermeidung polizeilichen Einschreitens vom Polizeipräsidenten in Erinnerung und zur Beachtung gebracht.

### Nachtverkehr zum Sechstagerrennen.

Während des Sechstagerrennens vom 18. bis 19. Februar wird die städtische Straßenbahn zwischen 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens einen Sonderbetrieb einrichten und zwar: Linie 1 E zwischen Jahrsundershöhe — Ring — Königsplatz, Linie 18 E zwischen Jahrsundershöhe (über Leffingstraße) — Christophorusplatz — Zwingerplatz bis Neue Schweidniger Straße, Ecke Gartenstraße.  
Auf beiden Sonderlinien beträgt die Zugfolge je 30 Minuten, so daß eine viertelstündige Fahrgelegenheit geboten werden wird. Der Fahrpreis beträgt für jede Fahrt 50 Pf. Rückfahrkarte und andere Fahrausweise gelten auf diesen Sonderwagen nicht.

### Arbeiter, aufgepaßt!

Die Transportarbeiter stehen im Streik. Jeder organisierte Arbeiter und Parteigenosse muß wünschen, daß diese Arbeiterbrüder sitzen. Alle können mit helfen. Wir werden einfach die Geschäfte, die mit Hilfe von Polizei und Reichswehr ihren Betrieb anrecht erhalten. Nur noch weiter diese Geschäfte besetzt, unterstützen den Streikbruch und bekämpfen die Arbeiterorganisation. Eine Niederlage steht die andere, ein Sieg aber den nächsten Sieg nach sich.

Mit Polizei und Reichswehr fahren besonders die Brotwagen des alten Breslauer Konsumvereins und der Kolonialwarenhändler. Niemand hat nötig, deren Brot zu kaufen.

### Sehst dem Handwerk und der Kunst?

Die Schülerchaft der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule wendet sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem es unter anderem heißt:  
Unsere Schule, der wir unsere Ausbildung und monatliche Förderung verdanken, ist immer noch in unzulänglichen, recht dunklen Räumen untergebracht. Es mag sein, daß hier eine Veränderung zu erreichen nicht ohne weiteres möglich ist. Wohl aber sollte es möglich sein, der Schule, uns und damit der Stadt auf andere Weise zu helfen. Wir zahlen ein Schulgeld von monatlich 10 Mark, Auswärtige sogar von 15 Mark, während die städtische Akademie für das Schuljahr April bis April nur 14 Mark gebührt hat. Für das Schuljahr April bis April müssen wir Schüler die halben Kosten aufbringen, während die Akademie das ganze Schulgeld trägt. Schüler, die aus verhältnismäßig reinen Familien oder keine Eltern mehr haben, sind nicht in der Lage, diese Kosten aufzubringen, und es geht zu bedauern, daß über 100 von uns — und damit annähernd die Hälfte der gesamten Schülerchaft — die Anstalt nicht verlassen dürfen, wenn nicht bald für Abhilfe gesorgt wird. Da sonst nicht nur unsere weitere Ausbildung, sondern auch das Weiterleben der Schule jeuch gefährdet wird, sollten

alle guten Bürger, denen das Wohl ihrer Stadt am Herzen liegt, nach besten Kräften wirken und arbeiten, damit eine Schließung der Anstalt vermieden werden kann. Ganz besonders dankbar wären wir, wenn der eine oder andere einen freiwillig für Schüler errichten, wenn, wer es vermag, eine Geldgabe oder Material in Gestalt von Papier und dergleichen stiften wollte. Wir sind überzeugt, daß die Stadtverwaltung uns gern unterstützen würde, wissen aber selbst, daß sie es nicht vermag.“  
Hierzu schreibt das Städtische Presse-Büro:  
Wir können uns dem vorstehenden Aufrufe aus eigener Kenntnis der Verhältnisse nur anschließen und bitten unsererseits die begüterten Kreise der Einwohnerschaft und alle, die an der Schule ein Interesse und ihre Freude haben, der Anstalt über die schwere Zeit der Gegenwart tatkräftig hinwegzuhelfen. Geldspenden, Anträge usw. sind an das Geschäftszimmer der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Kriegerstraße 18, zu richten.

### Kursus für Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Im Rahmen der Volkshochschule beginnt am 29. Februar, abends 7 Uhr, im Johannes-Gymnasium, Paradiesstraße 3, ein Kursus für neun Abende mit dem Thema: Allgemeine Probleme der Volkswirtschaft. Vortragender ist Genosse Dr. Grumbkow. Durch einen Zuschuß des Verbandes beträgt die Teilnehmergebühr nur 1,50 Mark. Anmeldebungen, die persönlich zu unterzeichnen sind, werden im Verbandsbüro während der Bürostunden noch entgegen genommen. Wir erwarten, daß alle Betriebsräte und Vertrauensleute von dieser günstigen Gelegenheit zur Bereicherung ihres Wissens Gebrauch machen.

### Aufdeckung einer Faltschneiderei.

Am 11. Februar vormittags wurde eine Frau Baumgart, die Weinstraße 77 wohnt, von einem Händler angehalten, dem sie einen Schein über eine Goldmark wertbeständigen Notgeldes für Schlofen in Zahlung gegeben hatte. Die Faltschneiderei des hiesigen Polizeipräsidenten nahm die Frau B. fest und durchsuchte ihre Wohnung. Geunden wurden: 100 gefälschte Faltscheine über eine Goldmark und verschiedene Sachen, die zur Anfertigung der Scheine gedient hatten. Am Nachmittag wurde auch der Verwalter des Baumgarts festgenommen, auf den Kriminalbeamte in dessen Wohnung gemartet hatten. Nach anfänglichem Leugnen gab er später die Tat zu und erklärte, 500-Marknoten, 10-Marknoten und Scheine über eine Goldmark wertbeständigen Notgeldes für Schlofen angefertigt zu haben. Er hat die Faltschneide mit der Hand gezeichnet. Bei einiger Aufmerksamkeit hätte jeder Empfänger als Faltschneide erkennen müssen. Baumgart hat Erwerbslosen-Unterstützung bezogen und gibt an, aus Not gehandelt zu haben. Die Faltschneiderei des Polizeipräsidenten (Dhse 8120-8130, Kriminal-Kommissar Ulrich) bittet um sofortige Benachrichtigung seitens des Publikums, wenn Faltschneid in Zahlung gegeben wird.

\* Die Ordner der Breslauer Volkshöhne versammeln sich am kommenden Sonntag, den 17. Februar, pünktlich 10 Uhr, im Thalia-Theater (nicht in der Aula der Cecilienchule). Sie erhalten dort ihre Vorzugspole zu der Morgenfeier, die sich ab 11 1/2 Uhr der Ordnerversammlung anschließt.

\* Für die Sonntag-Nachmittag-Vorstellung im Schauspielhaus sind Vorzug-Billetts im Gewerkschaftshause, 2. Stock, Zimmer 36, zu haben. Zur Aufföhrung gelangt „Der ideale Bauer“.

\* Frauen-Vortrag. Am Freitag, den 15. Februar, findet noch ein Vortrag für Frauen von Herrn Hans Madet über die Hygiene der Frauen statt.

\* Toni Pfäfl aus München spricht auch am morgigen Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Aula des Matthisch-Gymnasiums, Schulstraße 37, in einer Versammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. (Siehe Inserat.)

\* Dem Hermann-Lös-Abend, der am Freitag, 15. Februar, um 7 1/2 Uhr, in der Viktoria-Schule (Mühlbacherstraße) von den vereinigten Schülervereinen Breslaus veranstaltet wird, ist guter Erfolg zu wünschen. Der Erlös ist für verdäunte Arme bestimmt.

\* Eine Kaschbielung für das Versicherungsgewerbe wurde im Einverständnis mit dem Schlesischen Versicherungs-Verein und den in Frage kommenden Anstellungsverbänden bei der Zentrale für Angestelltenvermittlung in Schlofen erteilt, deren Zuständigkeit sich über die Provinz Schlofen erstreckt. Die Arbeitgeber werden gebeten, alle offenen Stellen bei der Zentrale für Angestelltenvermittlung, Breslau 1, Uffulnerrstraße 27/28, anzumelden. In der Lage ist, geeignete Kräfte in Vorschlag zu bringen. Auf Wunsch findet vertrauliche Behandlung der Anträge durch unmittelbare Vorlage von Bewerbungsbriefen statt. Die Zentrale für Angestelltenvermittlung ist telefonisch unter Dhse 5434 und Magistral 331 zu erreichen. Sprechstunden der Berufsvertreter finden jeden Mittwoch von 11-12 Uhr statt.

\* Die städtische Heizberatungsstelle, Ring 6, Fernsprecher Magistral 89, erledigte im Januar 51 Anträge; die Beratung erstreckte sich auf 105 Fälle. Im einzelnen wurden 70 Kochöfen und 20 eiserne Öfen nachgeprüft, wobei sich in 28 Fällen die Notwendigkeit einer Instandsetzung ergab. Sammelheizungsanlagen wurden in 20 Fällen durchgesehen, darunter drei mal auf Veranlassung des Büros für Kohlenverköhrung. Ferner wurden 28 Gutachten erstattet.

\* Warnung vor Betrügern. Nicht nur mit falschem Bargeld, sondern auch mit gefälschten Markenmitteln wird neuerdings verfahrenmäßig betrogen. Bekannte Qualitätszeugnisse, wie Pelikan-Schreibbänder, werden von einer neuen Sorte von Duntelmannern zu erstaunlich niedrigen Preisen angeboten. Zur Einföhrung dient ein echtes Pelikan-Band in der bekannten Bläue mit einem weißen Hinterboden, hinterher folgen aber Bänder schlechterer Sorten in Pappschächeln mit aufgestickter, aus Druckfarben gestochener Schutzmarke. Die unter fingiertem Firmennamen reisenden „Geheimverkäufer“ haben bereits in Ragdeburg, Peisna und Halle „mit Erfolg“ gearbeitet, die ihr Arbeitsfeld schnell nach Stuttgart. Die Schwindler, die ihr Arbeitsfeld schnell nach Stuttgart und des realen Handels heimlichen. Es wird deshalb nur ihnen gemamt und gebeten, bei Schwindlerangeboten in Pelikan-Schreibbändern sofort der Polizei Mitteilung zu machen und die Festnahme zu veranlassen.

### Bereinstalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Am Donnerstag, den 14. Februar, abends 5 1/2 Uhr, Zimmer 3, wichtige Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Betriebe: Elektrotechnik, Fein- und Metallbau, Katalysatoren und Wagenbau, Uhrwerke und kleine Maschinenfabriken.  
Deutscher Eisenbahner-Verband. Donnerstag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale 8 des Gewerkschaftshauses die Vollerversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahner-Verbandes statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig: Mitgliedsbuch und Betriebsräteausweiskarte berechtigen zum Eintritt. Alle Ortsverwaltungen bitten berechnigen zum Eintritt. Alle Ortsverwaltungen bitten berechnigen zum Eintritt.  
Öster Arbeiter-Anglerverein E. B. Donnerstag, 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 13. Tagesordnung: Mitgliederversammlung. Schlichte Dinerzeiten können die besten angeseht sein. Vorstandmitglieder sind: E. B. Der Vorstand.





An der Spitze stehen unsere



# Erstaufführungs-Programme

und bringen wir mit

## Jackie Coogan und Ellen Richter

alierbestes Amüsament

heiterste Reiseabenteuer

### Das Vollendetste, was je geboten wurde!

**Diese Qualitäts-Programme darf niemand versäumen!**

#### Stadttheater.

Wittmoos abend 8 Uhr:  
1. Vorstellung im II. Abonnement:  
Triton und Sydoe.  
Donnerstag abend 7 Uhr:  
Tempel und Jädin.  
Freitag abend 7 1/2 Uhr:  
Die letzte Waise.  
Vorher: Schwanen Schicksal.

#### Bobetheater.

Spielplan: Paul Barzay.  
Tel.: N. 6774 und N. 6790.  
Wittmoos, Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
König Lear.  
Sonabend, Sonntag:  
Gott ist Ergos Klöpfer:  
Der Meister.

#### Thalia-Theater

1791 Ring 6703  
Seits 7 1/2 Uhr:  
Jedermann

#### Dominikaner!!

Täglich  
Neu! Die Tugendhafte  
Gespeliet Fred Gregor  
Vollständlicher Eintritt!

#### Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 2545  
Seits und täglich 7 1/2 Uhr:  
S. S. S. I.  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
Der fidele Bauer.

#### Öffentlicher Vortrag.

Donnerstag, 14. Februar,  
abends 8 Uhr,  
in der Aula des Mathias-Gymnasiums,  
Schubbrücke 57.  
Frau Reichstagsabgeordnete  
Toni PRAL - München.  
„Das deutsche Parlament als  
Instrument des Friedens und  
der Freiheit.“  
Eintritt 20 Pfg.  
Internationale Frauenliga für Frieden  
und Freiheit.  
Deutsche Zweig-Ortsgruppe Breslau

#### Sozialistische Monatshefte

Redigiert von Jos. B. S. S. S.  
monatlich 30 Pf.  
vierteljährlich 1.50

#### Bestellungen bei allen Zeitungsanstalten u. bei Volks- und Buchhandl., Breslau III.

**Brennholz** hart und weich,  
sowie **Aufzündeholz**  
Belohnung senner-, sowie rntweise  
ab Lager und frei Haus  
**Dutke & Heppner**  
F. m. b. H. 491  
Bismarckstraße 34. Franz. 1936.

**Arbeitsmarkt**

**Tüchtige Buchmacherin**  
für mein Atelier  
zum sofortigen Eintritt für angenehme Dauer-  
beschäftigung gesucht. 1796

**J. Preuß Nachf., Ring 45.**  
Beschäftigung von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.

**Tüchtige, selbständige  
Rockarbeiterinnen,**  
welche an erstklassige und saubere Arbeit  
gewöhnt sind, für sofort für unsere Werk-  
stätten im Hause gesucht.  
Meldungen 9-11, Hofeingang. 1214

**M. Gerstel A.-G.**  
Schweidnitzar Straße 10/11.

**Oberhemden-  
Näherin**

**S. Zöllner**  
Schmiedebücke 64/65.

# Paul's Direktion

## Doppelformat die beste

# 5 Pfg.

# Zigarette

aus den edelsten Orient-  
Tabaken.

Unsere vorzügliche Marke Paul's  
Direktion, hergestellt aus garan-  
tiert reinen orientalischen Tabaken  
hat sich in kurzer Zeit durch vor-  
zügliche Güte und süßen Duft den  
Beifall aller Raucher erobert.

**Eine Probe führt zum Beweis!**

**H. Paul, Tabak- und Zigaretten-Fabrik A.-G.**  
Breslau, Berliner Platz 1b. 1762

**Möbel**  
kaufen Sie am vorteilhaftesten  
**beim Fachmann.**  
Unterhalte großes Lager von  
**Wohnungs- u. Einrichtungs-  
gegenständen**  
in jeder, auch bei einfachster Ausführung.  
Nur Qualitätsarbeit. Keine Massenware.  
Solideste Preise. 1018

Entsprechendste Zahlungsbedingungen.

**Wilhelm Mitschke**  
Möbelfabrik  
Adelbertstraße 1. & 3. Tel.: Ring 976.  
Hauptstelle der Linden 1, 7, 9 an der Lustgartenbrücke.

**Frauen**  
gebunden bei ungeschicklicher  
Stärkung 1400  
u. gewaschen in heißem Wasser.  
Von D. Knecht. Seine halbe  
ist mit ihr Mittel und mungen  
trat der Erfolg ein.  
Günstige Frauenmittel.  
Wegschmittel.  
Wacht über Mädchen.  
Von H. Knecht. Sagen H.  
Schick. J. 1911. S. 100.

**Bitte**  
bei allen Einkäufen  
als Schenkungen  
unserer Zeitungs-  
Berücksichtigung.

## Billige Lebensmittel-Tage

Donnerstag Freitag Sonnabend

Wir führen nur beste Qualitäten:

Pa. Weizenmehl 000 1 Pfund 14 Pf. 10 Pfund 1.35	Wiener Auszugs- Grießmehl 1 Pfd. nur 17 Pf.	70% Roggenmehl 1 Pfund 12 Pf. 10 Pfund 1.15
Prima Perlgraupe 1 Pfund 17 Pf.	Stirn- Kaffertlocken 1 Pfund 18 Pf.	Wiener Weizen-Grieß 1 Pfund 16 Pf.
Erbsen, grüne weichkochend 1 Pfund 25 Pf.	Erbsen, gelbe weichkochend 1 Pfund 25 Pf.	Voll-Reis 1 Pfund 22 Pf.
Weizen- Kleie 1 Ztr. 4.20	Pa. Gerstenschrot 1 Ztr. 5.90	Pa. Hafer 1 Ztr. 6.80

Quetschhafer ständig am Lager

Dunkles Weizen- und Roggenmehl 1 Pfd. nur 8 Pf.

Groß. Andrages wegen bitten wir, das Geld abgezählt bereitzuhalten  
Wir tauschen stets alle Sorten Getreide  
in nur erstklassiger, backfähiger, blütenweißes  
Mehl sowie prima Graupe.

Hausfelder & Co.

**Rosenthaler Mehlhandlung**

Vor Mißbrauch wird gewarnt. Bismarckstr. 37. Gräbschener Straße 91. Tauentzienstraße 198. Lohestraße 57.

**Rissige  
Hände  
Rauhe Haut**  
werden sanft mit  
Apotheker Haberl's  
**Radiumseife u.  
Radiumkrem.**  
Überall erhältlich.

**Wieder eingetroffen**

Reink. Trindbranntwein 35% 2.00  
Weinbr.-Berschnitt 38% 2.30  
Mierf. Jam.-Rum 38/40% 2.60  
Reiner Weinbrand 38/40% 2.50

vorm. Ludwigscher Kornbrennerel-Ausschank  
Mathiasstraße 60.

**BESSON  
Waldschmidt**  
G.m.b.H.  
Schmiedebücke

**Morgen Schlußtag**  
im  
**Inventur-Ausverkauf**

Unsere gewaltigen, billigen Angebote  
sind noch in allen Abteilungen vorhanden!

Wenn Sie den täglichen Bedarf decken wollen,  
Wenn Sie Ihre Bestände ergänzen müssen, sei  
es in

**Leinenwaren · Kleiderstoffen  
Strümpfen · Trikotagen  
Wäsche · Gardinen  
Haus- und Küchengeräten**  
dann  
**kommen Sie nach der Schmiedebücke**  
Unsere Schaufenster sagen das Uebrige!







# Sozialistische Literatur-Rundschau

## Kurze Hinweise.

Die neue Arbeitszeitverordnung der bürgerlichen Reichsregierung regelt bekanntlich die Arbeitszeitfrage mit großen Konzessionen an die Gegner des Achtstundentages. Vor ihrem Erlass und nach Ablauf der Demobilisierungsverordnung war offensichtlich von der bürgerlichen Regierung mehrere Wochen lang überhaupt keine Regelung getroffen, sodass die Arbeiter der von der Geldwertverwertung geschwächten Arbeiterkraft einseitig die Arbeitszeit diktierten konnten. Dieser Zustand ungewählter Unternehmerrückständigkeit ist durch die neue im ganzen so unbefriedigende Verordnung immerhin beendet worden. Die Stimmungslage hat daher auch diese Verordnung noch bekämpft. Es liegt also im Interesse der Arbeiterschaft, die wenigen Vorteile, die ihr die neue Regelung bietet, nicht ungenutzt zu lassen. Dazu ist gründliches Studium der Verordnung notwendig, das allen Arbeitern jetzt durch eine für wenige Pfennige erhältliche kommentierte Textausgabe (Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) ermöglicht ist. Ein kurzes Vorwort des Genossen Theodor Leipart betont, daß mit dieser Verordnung der Kampf um die Arbeitszeit für die freien Gewerkschaften auf keinen Fall abgeschlossen sein kann, daß die Gewerkschaften aber selbstverständlich das geltende Recht zwar ändern, aber nicht brechen wollen.

Im gleichen Verlage erscheinen soeben bereits im 30. Tausend die ausgezeichneten Aufsätze des berühmten akademischen Volkswirtschaftslehrers Prof. Lujo Brentano „Der Auktismus gegen den Achtstundentag“. Der große Gelehrte, dessen klassisches Werk über „Arbeitszeit und Arbeitsleistung“ den Nachweis gebracht hat, daß Arbeitszeiterhöhung nicht Produktionssteigerung, sondern bis zur Grenze des Achtstundentages durchschnittlich sogar Produktionsverminderung bringt, wendet sich in diesen Aufsätzen (ursprünglich in der „Sozialen Praxis“ erschienen) mit jugendlicher Frische gegen die neuesten Gegner des Achtstundentages in Deutschland. Seine temperamentvollen und scharfsinnigen Ausführungen bilden die wertvollste Ergänzung der umfassenderen sozialistischen Schriften für den Achtstundentag von Dr. Paul Herz, R. Seidel, W. Wolff usw., die an dieser Stelle wiederholt empfohlen wurden.

## Bürgerliche Kritik am Sozialismus.

Die jeweils herrschende Richtung in der Wirtschaftswissenschaft kam mit geringem Fehler als ein einfaches Spiegelbild der im intellektuellen Mittelstand vorherrschenden wirtschafts- und sozialpolitischen Stimmungen betrachten. Wenn dies auch zum großen Teil in der grundsätzlichen Verknüpfung zwischen Ideen und Klassenstandpunkt seine Erklärung findet, so ist doch daneben der geringe Reifegrad mitschuldig, den die Wirtschaftstheorie als Wissenschaft bisher erlangt hat, die wirtschaftlichen oder vermeintlichen Klasseninteressen, die unterbewußt wirken, veranlassen das Denken gerade hier deshalb so stark, weil sich dieses Denken nicht an exakt bestimmte Forschungsmethoden halten kann, sondern in einer Weise arbeiten muß, bei der auch dem ehrlichsten und gegen sich strengsten Forscher wirksame Selbstzensur nicht möglich ist.

Angesichts dieser Zusammenhänge nimmt es nicht wunder, daß die Nationalökonomie heute ganz überwiegend gegen den Sozialismus gerichtet ist, ihm sogar mit viel schärferer Ablehnung gegenübersteht als vor dem Kriege. Die innere Entwicklung der Wissenschaft selbst hat in den letzten zwei Jahrzehnten dazu geführt, daß die Wurzeln der ordnenden Kräfte in der kapitalistischen Verkehrswirtschaft theoretisch besser erkannt wurden — es ist hier an die Arbeiten der österreichischen Forscher Wieser, Böhm-Bawerk und Schumpeter, dann an die Arbeiten des Amerikaners Clark und des Schweden Cassel zu denken. Nicht die gleiche Aufmerksamkeit aber wurde den Grenzen der Wirkungsraft jener ordnenden Momente zuteil. Damit ist an sich der Boden geschaffen für eine Ueberhöhung der „Selbststeuerung“ der kapitalistischen Wirtschaft. Kennzeichnenderweise aber gründet sich die Stellungnahme der heutigen Nationalökonomien meist gar nicht auf diese Ergebnisse der theoretischen Forschung, sondern auf viel weniger tiefgründige Betrachtungen; sie ist eben nicht durch die innere Entwicklung der Wissenschaft, sondern überwiegend durch äußere Stimmungsmomente bedingt. Dieses Urteil mag scharf klingen, aber man kann ihm ohne Schönfärberei nicht ausweichen.

Einen der heutigen Kritiker des Sozialismus allerdings möchten wir davon ausnehmen: es ist dies der auch in Breslau bekannte Münchener Nationalökonom Adolf Weber. Er hat schon vor dem Kriege einen sehr ablehnenden Standpunkt nicht bloß gegenüber dem Sozialismus, sondern auch gegenüber jeder weitgehenden staatlichen Sozialpolitik vertreten. Keutlich hielt er in der Münchener juristischen Studiengesellschaft einen vielbeachteten Vortrag „Ueber den angeblichen Primat des Staates über die Wirtschaft“. Dieser Vortrag war aufgebaut auf dem Grundgedanken der Eigengelehrtheit der kapitalistischen Wirtschaft, die durch jeden Eingriff nur gestört und nie mehr durch den Wirtschaftsanspruch einer Bedarfswirtschaft ersetzt werden könne. Die Ergebnisse Cassels und Clarks sind hermetisiert. Aber trotzdem also das theoretische Fundament hier ein ungewöhnlich breites war, so ging die Kritik doch an einigen besonders wichtigen Gedankenengängen des modernen Sozialismus vorbei. Die Behauptungen des Unternehmertums auf Gewinnung der Herrschaft über den Staat würden gar nicht gestreift und insofern auch nicht die Frage gestellt, ob der Staat überhaupt seine Herrschaft über die politische Sphäre führen kann, wenn er in die wirtschaftliche Macht eingreift. Von den Funktionsmängeln der kapitalistischen Verkehrswirtschaft wurden nur die Wirtschaftskrisen behandelt, nicht dagegen die chronische Unterernährung bestimmter menschlicher Bedürfnisse (Wohlfahrtsfrage, Sicherheitsbedürfnis). Das Problem der Stärkung freier Preisbildung durch Privatmonopole blieb gleichfalls außer Betracht. So ist auch dieser Kampf für die freie Wirtschaft, der in der Münchener Öffentlichkeit wie eine nachträgliche wissenschaftliche Begründung für die am 8. November gehaltene Rede des bayerischen Generalstaatskommissars gegen den Marxismus wirkte, nicht ein wirklicher Angriff auf den Kern des sozialistischen Standpunktes und konnte schon deshalb nicht der angekündigte Sieg über ihn werden.

Die Schrift „Organisatoren und Wirtschaftsführer“ von dem Leipziger Handelshochschulprofessor Ernst Schulte\*) geht von einem grundsätzlichen Irrtum aus: Daß es nämlich die Leute, die er Wirtschaftsführer nennt, in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht gibt. Wirtschaftsführer ist nach ihm „eine Fiktion, die die Wirkungsraft der volkswirtschaftlichen Vorgänge durch planmäßiges Zusammenordnen von Menschen und Einrichtungen zum Besten der Allgemeinheit freier“. Wo soll man im Kapitalismus diese Personlichkeiten finden? Unter den Unternehmern, die doch gerade nach dem kapitalistischen Prinzip nur von ihrem Eigeninteresse geleitet sind? Oder unter den Regierungsleuten und Gesetzgebern, die in unserer heutigen Wirtschaftsverfassung wohl an wirtschaftlichen Einzelbeziehungen mit Geleiten und Verbindungen etwas herantasteten dürfen, aber gar keine Verbindungsstellen über die „Menschen und Einrichtungen“ haben, die es nach Schulte planmäßig zusammenordnen sollen? Nachdem Schulte bereits im Kapitalismus eine planmäßige Wirtschaftsführung als vorhanden aber möglich ansetzt, ist es nicht erstaunlich, daß er den Sozialismus überflüssig findet und nur mehr dessen Nachteile sieht. Immerhin ist ein gewisser

Wille zur Gerechtigkeit bei ihm beachtenswert. Er findet warme Worte und tiefes Verständnis dafür, „daß Tausende von Arbeitern ihr Bestes im Dienste der sozialistischen Bewegung hingeben, weil sie von ihr neben der materiellen auch eine ideale Wiedergeburt der Gesellschaft erwarten.“ „Tausende haben sich von ihrem Lohn lauer verdiente Großen abgepart und nach schwerer Tagesarbeit ihre Familienfreunden gepfeift, um ihrer „Bewegung“ zu dienen.“ Vielleicht wird eine spätere Geschichtsschreibung dem Idealismus der deutschen Nation eine neue Kränze stecken, weil gerade in ihr das Schöne nach einem edleren Aufbau der Gesellschaft zu einer Massenbewegung wurde, die ihre Anhänger mit einer der mächtigsten Ideologien erfüllte. Auch wagt Schulte vor einer blinden Zufriedenheit mit der Gegenwart und befiehlt sich zu der Ueberzeugung der Pflicht, daß wir den gegenwärtigen Gesellschaftsbau kritisch betrachten und über ihn hinaus streben müssen.

Sehr enttäuschend wirkt die „Geschichte und Kritik des Sozialismus“ von Robert Liepmann\*) weil man von diesem geistvollen wissenschaftlichen Eigenbrötler eine originelle Leistung erwartet hätte. Dieses Buch aber hat es wirklich nicht verdient, zwei Auflagen erlebt zu haben. Außer einigen Anspielungen auf die Wirtschaftstheorie des Verfassers, die in der Notgedrungen knappen Darstellung unverständlich sind, bringt es nicht einen neuen Gesichtspunkt, nicht eine neue Kombination von Gedanken. Praktisch kaufen die Vorleser Liepmanns darauf hinaus, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft durch radikale Besteuerung die soziale Ungleichheit zu mildern. Nun ist es aber eine vollkommen feststehende Tatsache, daß man mit den bisher bekannten Steuernormen eine Angleichung nicht erzielen kann, weil bei hoher Steuerbelastung die Steuerumgehungen und Steuerbetrugsdationen in einer für den Erfolg verhängnisvollen Weise zunehmen. Das gilt ganz besonders von der Erbschaftsteuer, die Liepmann als das hauptsächlichste Ausgleichsmittel empfiehlt. Vielleicht hat er irgend einen Vorschlag zu machen, wie man gegen die Steuerumgehungen unübersteigliche Schranken errichten kann. Aber der Leser erfährt nichts davon und so erscheint es wahrscheinlicher, daß sich Liepmann das Problem überhaupt nicht gestellt hat.

Der Sozialismus hat keinen Anlaß sich darüber zu freuen, daß die an ihm geübte Kritik an den Kernpunkten im allgemeinen vorbeigeht. Kein faktisch mag das ein Vorteil sein, sachlich ist es ein schwerer Nachteil. Der Sozialismus hat noch so viel Arbeit in der Klärung seiner Ziele und Wege zu leisten, daß er scharfe, gründliche Kritik braucht. Die Zukunft der sozialistischen Bewegung wird davon abhängen, ob es den Sozialisten gelingt, durch innere Selbstkritik der Bewegung dort einzuleiten, wo die Kritik der Gegner vermag.

Dr. Karl Landauer (München).

\*) Leipzig 1923. Quelle & Meyer. 162 S.

## Buchbesprechungen.

Hans Kelsen, Österreichisches Staatsrecht. Tübingen, J. C. Mohr.

Keine einfache Darstellung der Verfassung der jungen österreichischen Republik, sondern zugleich eine Entwicklungsgeschichte dieser Verfassung. Mit Recht beginnt Kelsen mit der Märzrevolution des Jahres 1848, die allerdings nur für kurze Zeit, sogar das allgemeine Wahlrecht eingeführt hat. In diesem ersten Kapitel verweist Kelsen auch auf die — allerdings unbestimmte — Aehnlichkeit zwischen dem dem Ausschuss des Reichstages verfaßten „Entwurf der Konstitutionsurkunde für die österreichischen Staaten“ und der neuesten Bundesverfassung. Jener Reichstagsentwurf, der Österreich in einen demokratischen Bundesstaat autonomer Nationen verwandeln wollte und es so erst lebensfähig gemacht hätte, ist nie Gesetz geworden, da Franz Josef, der am 2. Dezember 1848 auf den Thron gelangt war, den Reichstagsentwurf aus dem Fenster jagte. So hat der erste Regierungszustand Franz Josefs den Zerfall Österreichs vorbereitet, den er durch die Kriegserklärung am Ende seines Lebens zu Ende führte. Kelsen führt dann die Darstellung der Verfassungsgeschichte Österreichs — sie ist so fesselnd geschrieben, daß sie auch der Laie nicht leicht beiseite legen wird, wenn er mit dem Lesen anfangen hat — weiter bis zur Republik und zeigt die Zusammenhänge der republikanischen mit den früheren Verfassungen auf. Dabei stellt er gegenüber der Behauptung der Entente von der Rechtsnachfolge der Republik gegenüber den Habsburgerstaat ausdrücklich die „Diskontinuität der beiden Rechtsordnungen“ fest.

Sehr interessant und für rechtsdeutliche Leser besonders aktuell sind auch seine Darlegungen der in der Revolution entstandenen Verfassung und der Kämpfe zwischen den Ländern und der Zentralgewalt um die Macht. Allerdings verfällt er da oft in formal-juristische Körperleiten und schiebt die Schuld an dem Anwachsen der Macht der Länder einzelnen Bestimmungen zu, die Dr. Kelsen, der die ersten Verfassungen ganz allein konzipierte, in die Verfassung aufnahm, während Kelsen doch nur die Ergebnisse dieses Machtkampfes kodifizierte. Dabei überläßt Kelsen zum Teil, daß der Föderalismus, den die Länder erungen haben, durch paralysiert wird, daß Wien ebenfalls Bundesland ist, so daß die Reaktion, die den Föderalismus nicht, sich sehr oft selbst unter den Schutz der Zentralgewalt flüchten muß. Schließlich muß ja Kelsen selbst zugeben, daß das Ergebnis des Kampfes durchaus kein Sieg der Länder über den Staat war, und erklärt selbst Österreich auch jetzt als den extremen Typus einer parlamentarischen Republik.

Mit großer Liebe ist die neueste Verfassungsgeschichte dargestellt, an der Kelsen aktiv mitwirkte. Er wurde nämlich von Kelsen als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Staatskanzlei berufen und von ihm zusammen die verschiedenen Verfassungsentwürfe, die zum geltenden Bundesverfassungsgesetz führten. G. P. (Wien).

Adolf Rißes und Franz Klein, Die goldtheoretische und goldrechtliche Seite des Stabilitätsproblems. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 164, Heft 2.) München 1923, Duncker & Humblot 75 S.

Das Substantiv von Rißes hebt in begrüßenswerter Weise mit äußerster Schärfe hervor, daß der Kern des Stabilitätsproblems in den Geldverhältnissen des Inlandes und der Geldpolitik, die in ihm getrieben wird, liegt. Aber das ist auch alles: über eine Wiederholung dieser von der klassischen Theorie oft genug verdichteten Ansicht kommt er nicht heraus. Wir finden keinerlei Analyse der Währungsentwicklung der letzten Jahre, die immerhin interessante neue Erscheinungen gezeigt hat, nichts über die Rückwirkungen der Entwicklung der Geldpolitik auf die Währung und Finanzpolitik des Inlandes, nichts über die Stadien der Inflation und Geldwertverfall, nichts überhaupt über den gesamten Mechanismus, durch den die inländische Geldpolitik auf den Auslandskurs des Geldes wirkt. Ebenso fehlt eine eingehendere Widerlegung der bestehenden Theorien, die nicht die inländische Geldpolitik, sondern die Währungsbeziehung zwischen In- und Ausland für eigentlich ausschlaggebend halten, in den letzten Jahren in Deutschland einen so verhängnisvollen Einfluß zu gewinnen vermochten. Nicht verwehrt ist daher, daß die praktischen Vorschläge von Rißes sich im wesentlichen auf die Forderung der Stilllegung der Noten- und Banknoten ohne daß all die Fragen in welchem Umfang und auf welche Weise eine sofortige Stilllegung der dann noch umlaufenden Geldmengen gewährleistet werden soll, erstreckt

werden. Für alle diese Mängel bieten die Ausfälle des Verfassers gegen den „sozialistisch-imperialistischen (!) Geist des Jahrhunderts“, der die letzte Wurzel des Übels der Geldwertverfallung sein soll, keinen Ersatz. Eine Diskussion über solche in keiner Weise näher begründete Angriffe verlohnt sich nicht. Daß übrigens das 19. Jahrhundert das Zeitalter des nach Rißes angeblich so reellen und friedlichen Kapitalismus, keinen Ruvergoldeswindel gesehen?

Das zweite Gutachten von Franz Klein, dem früheren österreichischen Justizminister, behandelt die rechtliche Seite des Stabilitätsproblems. Es ist von einem durchaus sympathischen Gerechtigkeitsinstinkt getragen und man kann ihm bestimmen, wenn er fordert, daß nicht gestattet werden dürfe, daß die Vorkriegsschuldner auf Kosten ihrer Vorkriegsgläubiger einen ungeheuren Kapitalgewinn machen, in dem sie die mit entwertetem Papiergeld bezahlt. Das alles wissen wir längst. Wir hätten statt allgemeiner rechtspolitischer Erörterungen dieser Frage eine genaue Durcharbeitung der juristisch-technischen Seite des Problems gewünscht, die noch manche Ruhe zu finden gibt. H. R.

## Juristische Literatur.

I. Steuer und Wirtschaft. Die Ausgaben für das Ruhrunternehmen hatten für das Reich die Notwendigkeit schneller und beträchtlicher Einnahmen zur Folge. Zu diesem Zweck waren Steuern auf wertebildender Grundlage und ein vereinfachtes Steuererhebungsverfahren erforderlich. Die älteren Steuerbeiträge mußten aufgewertet werden. Es erging zunächst die sogenannte „Aufwertungserordnung“ vom 11. 10. 23. Sie ist von Erler-Koppe (Spaeth & Linde, Berlin, 1923) knapp, aber völlig ausreichend kommentiert worden. Weitere Maßnahmen folgten. Es sind bisher zwei Steuernverordnungen erlassen worden, die erste vom Reichspräsidenten unter dem 7. Dezember 1923, die zweite auf Grund des Ermächtigungsgesetzes unter dem 19. Dezember 1923. Sie behandeln die Einkommens- und Vermögenssteuer, Bescherz- und Verbrauchsteuer, die Zölle Monopole, Steuererbschaften usw. Koppe, Die Steuererordnungen“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1924) stellt beide systematisch dar, gibt ihren Text unkommentiert wieder und einen sehr erwünschten Steuerkatalog dazu. Das Buch ist recht empfehlenswert. Den Lohnabzug aus den Steuerordnungen haben Pfeiffer-Koppe, die Vermögenssteuer Koppe-Beud, die Körperschaftsteuer Rose-Dorff (Spaeth & Linde, Berlin, 1924) praktisch sehr brauchbar erläutert. Koppe bringt in seinem „Kommentar zum Biersteuererlass“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923) den einzigen, der zum neuen Gesetz vom 9. Juli/11. August 1923 erglitzert, eine auch unter Berücksichtigung der Rechtsprechung erfolgte Auslegung, die mit Tabellen, Tabellen usw. versehen ist und allen Interessen erwünscht sein muß. Eine Darstellung der betriebswirtschaftlichen Auswirkung einer Einkommensbesteuerung gegen Courz-Attentat in ihrem Buche „Fiskalpolitik und Steuerpflicht“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923). Es ist die erste wesentliche betriebswirtschaftliche Darstellung dieser Art: sie muß dringend, da sie für die Praxis infolge der Arbeit ihrer Darstellung erwünscht ist, auf den neuesten Stand der Gelehrsamkeit gebracht werden. Die gleiche Notwendigkeit besteht infolge des Überganges zu Goldmarkbilanz für das Verständnis von Sommerfeld: „Die Wertanlagen in der Invention“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923), dessen Bedeutung das ziemlich schnelle Erscheinen der zweiten Auflage beweist. Es ist infolge seiner klaren Gedankenführung und sprachlichen Gestaltung ein anerkanntes wertvolles Einführungsbuch in diese Materie. Die Entwicklung der gesamten wissenschaftlichen Betriebswirtschaftslehre in Deutschland seit 1898 stellt Isaac in einer tiefgründigen Monographie dar (Spaeth & Linde, Berlin, 1923). Diese flüssige Abhandlung wird sicher den Wunsch des Verfassers erfüllen, den Kreisen, die nach keine Kenntnis von den Leistungen des einschlägigen Gebietes haben, eingehende Aufklärung zu verschaffen. Ein Teilgebiet der Betriebswirtschaftslehre haben Sommerfeld, Goldmarkbuchhaltung, ihre Grundlagen und Technik“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923), Fischer: „Goldmarkbuchführung und Goldmarkbilanz“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923) Leitner-Vion: „Goldmarkbilanz“ (Heymann, Berlin, 1923) zum Gegenstande. Die drei Werke wollen sämtlich Nachschlag für die Nachlese zur Goldmarkbuchhaltung geben. Fischer legt am wenigsten voraus, Sommerfeld verbindet populäre Schreibweise mit beachtlicher Gründlichkeit, Leitner-Vion reißt trotz des geringeren Umfangs ihrer Arbeiten, namentlich infolge der minutiösen Darstellung Leitners, an der Spitze. Die neuesten Bilanzvorschriften steuerrechtlicher und handelsrechtlicher Art werden Gegenstand eines Nachtrages oder einer Neuauflage sein müssen. Die Goldmarkfrage für Hypotheken und Obligationen steht vor ihrer gesetzlichen Regelung. Einen beachtlichen Teil der Gläubiger durch die bekannte Entschädigung des Reichsgerichtes davongetragen. Diesen Erfolg verdanken die beteiligten Kreise unter anderem auch der lehrreichen, klaren Prokläre des Kammergerichtsrats Sontag: „Rechtschau der Hypothekengläubiger“ (Spaeth & Linde, Berlin, 1923).

II. Miets- und Pachtrecht. Auf dem Gebiete der Mietsverhältnisse ist neben dem Reichsmietengesetz das Mietrecht in der Regel von wesentlicher Bedeutung. Dieses unter dem 1. Juni 1923 erlassene Reichsgesetz ist in einer ausgezeichneten, kaum eine wesentliche Frage übergelassenen Art und Weise von dem auf diesem Gebiete besonders bewanderten Berliner Stadtrat Brumby (Spaeth & Linde, Berlin, 1920) erläutert worden. Der Kommentar wird bestimmt zu den besten Werken dieser Art zu zählen sein. Eine der brennendsten Bodenrechtsfragen ist von Dedewitz: „Der ländliche Pachtrecht“ (Münster, 1923) durch eine systematische Darstellung des preussischen Pachtrichts bearbeitet worden. Die Prokläre ist wegen ihrer Gemeinverständlichkeit und Gründlichkeit sehr willkommen.

III. Arbeitsrecht: Silberhild gibt in seinem Allgemeinen Arbeitsrecht (Schönböck, München 1923) eine Abhandlung, die die Arbeit als Gegenstand des Rechts behandelt. Die begriffliche Formulierung des Arbeitsrechts, die Silberhild bietet, wird zwar von der herrschenden Meinung nicht gebilligt werden, da sie, ähnlich wie Lotmar, nicht den Wert vom Dienstvertrag fordert. Von dieser prinzipiellen Frage abgesehen, wird man die knappe und doch gründliche Behandlung des Stoffes in Fachkreisen begrüßen müssen. Eine Propagandabroschüre ist die Zusammenfassung der deutschen und französischen Sozialgesetzgebung (Wein-Neuß, Wiesfeld 1920). Als erster Band einer neuen arbeitsrechtlichen Sammlung, die der Berliner Obermagistratsrat Wöhring (Spaeth & Linde, Berlin 1923) herausgibt, ist eine Textausgabe der geltenden Entlassungsbestimmungen für Arbeiter und Angestellte erschienen. Sie ist nach einer systematischen Einteilung zum Teil erläutert, die erste der neuesten Rechtsprechung. Von Hoeriger, Schulte und Wehrles (Wiesbeimer, Mannheim 1923) Jahrbuch des Arbeitsrechts liegt der dritte Band vor. Er gibt die Buch- und Zeitschriftenliteratur und Rechtsprechung zum Arbeitsrecht (ohne Sozialversicherung) für 1922 an und ist in keiner Weise und Zuverlässigkeit ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für alle Arbeitnehmer, Berufsorganisationen und Behörden, die sich mit der Materie beschäftigen. Rißes hat (Reimer-Hobbing, Berlin 1923) ein deutsches Arbeitsrecht geschrieben, das den systematischen Aufbau der geltenden Bestimmungen. Es gibt dogmatisch sehr bedeutungsvolle Aussagen. Die bisher beste Kommentierung für neuesten Gestaltung der Betriebsstilllegung hat Häufiger (Wahlen, Berlin 1923) herausgegeben. Sie ist äußerst prägnant. Dr. J.